

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Hilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dbusch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Annullationsort, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 31. März 1932.

"Proletarischer Einkauf".

Aber nicht in Deutschland, sondern in Russland.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Mitten in die Versuche der deutschen Kommunisten, den deutschen Arbeitern zu propagandistischen Zwecken die Herrlichkeiten des Stalinregimes zu schildern, hat ein Blitz eingeschlagen. Hungernde und empörte Arbeiter haben in Moskau und Leningrad Lebensmittelläden gestürmt und geplündert. Sie haben also das geübt, was in Deutschland illegale Flugblätter der KPD als "proletarischen Einkauf" empfohlen und gerühmt haben. Gegenüber diesem Ausbruch der Not hat die deutsche Sowjetpresse bisher nur ein Verlegenheitsgestammel zustande gebracht, das die Tatsachen selbst nicht zu bestreiten wagt.

Wir haben wiederholt auf die Wirkungen der Inflation in Russland auf die Arbeiterschaft hingewiesen. Wir haben die Teuerungswelle gezeigt, die über Russland geht, und die sich als stärkster Lohndruck auswirkt. Wir haben das eigenartige Versorgungssystem geschildert, das Arbeitern Löhne in Papierruheln zahlt, unentbehrliche Lebensmittel aber nach Goldpreisen verkauft, und oben drein noch Läden für Ausländer eingerichtet hat, in denen gegen ausländische Valuta verkauft wird. Es ist von allen objektiven Beobachtern festgestellt worden, dass eine ungeheure Erbitterung gegen alle Ausländer in Sowjetrussland die Folge ist.

Als das Attentat auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski erfolgte, haben wir darin ein Stimmungszeichen erblickt. Wir haben es als eine Explosion der tiefen Gärung in den russischen Massen bezeichnet. Die Sowjetregierung hat statt dessen blödsinnige Märchen über eine weissgardistische Verschwörung erzählt - aber sie hat sofort nach dem Attentat Polizeiposten vor alle Läden stellen lassen, in denen Ausländer gegen ausländische Valuta Lebensmittel kaufen können. Gegen diese Läden, die sogenannten Torgsinläden, hat sich denn auch der Hauptstoss bei den Plünderungen in Moskau und Leningrad gerichtet.

Die Nachricht von diesen Plünderungen kann deshalb nur denen unerwartet kommen, die sich durch die verlogene Propaganda der deutschen Sowjetpresse über die Herrlichkeiten Sowjetrusslands täuschen lassen. Das Attentat des Russen Stern auf den deutschen Botschaftsrat war ein erstes Alarmsignal. Diese Plünderungen, ein spontaner Ausbruch der Massenverzweiflung, sind ein zweites Alarmsignal. Die Grenze der psychologischen Belastbarkeit der Arbeiterschaft scheint erreicht zu sein.

Wie wird die Sowjetregierung auf das zweite Alarmsignal reagieren? Als die Grenze dessen, was den Bauern zugemutet werden konnte, bei der Zwangskollektivisierung überschritten wurde, half sich Stalin mit dem Terror. Er liess auf die Bauern schiessen. Aber kann er es riskieren, auf die Arbeiter in den Städten schiessen zu lassen, wenn sie die Ausbeutung für die Zwecke des Fünfjahresplanes nicht mehr ertragen? Kann sich ein Regime nur mit Gewalt halten, wenn keine klassenmässigen Kräfte mehr hinter ihm stehen? Man erkennt, dass das Stalinexperiment sich einem kritischen Punkte nähert.

Die kommunistische Propaganda ausserhalb Russlands arbeitet fieberhaft,

um diesen kritischen Punkt zu verdecken. Namentlich die deutschen Kommunisten versuchen, die wahre Entwicklung in Sowjetrussland hinwegzulügen. Sie erheben ein lautes Geschrei über die angebliche Gefahr eines Interventionskrieges gegen Sowjetrussland. Da sie selbst nicht mehr annehmen, dass die deutschen Arbeiter ihre Märchenerzählungen über die Herrlichkeiten des Arbeiterlebens in Sowjetrussland glauben, greifen sie zu ihrer letzten propagandistischen Reserve, den Appell an das Solidaritätsgefühl mit der wirklichen russischen Revolution. Rettet Sowjetrussland, so wollen sie schreien, während das Sowjetregime die russischen Arbeiter zur Verzweiflung treibt!

So erklärt es sich, dass die Antwort der deutschen Sowjetpresse auf die Nachricht von den Plünderungen in Moskau und Leningrad in der dummen Lüge besteht, die Führer der SAJ hätten in einer Geheimbekanntmachung ein geheimes Militärbündnis mit den französischen Kriegstreibern gegen die Sowjetunion vorbereitet. Das ist ein plumper Ablenkungsversuch, der niemanden täuschen kann. Die Tatsachen in Sowjetrussland haben den Kommunistschwandel zerrissen. Die deutschen Arbeiter erkennen die Wahrheit über Sowjetrussland, und sie erkennen daran, dass die KPD sie nicht zu besseren Zeiten, sondern nur in Elend und Knechtschaft führen würde!

SPD. Hannover, 31. März (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Noske, hielt anlässlich der Eröffnung des Provinziallandtages der Provinz Hannover eine Rede, der wir folgendes entnehmen :

"Am Haushalt der Provinz vollzieht sich als Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftsnot, was Hunderttausende von Menschen in der Provinz, Millionen im Reich in ihren Existenzbedingungen ertragen müssen: den auf das schmerzlichste empfundenen Zwang, von gewohnten Existenzbedingungen lassen und Mangel und Not ertragen zu müssen. Das gilt in erster Reihe für die mehr als 300 000 Arbeitslosen in der Provinz. Neben diesen haben sehr breite bäuerliche Schichten hart um die Erhaltung des Besitzes der Scholle zu ringen. Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich verheerend für alle Produktions- und Handelszweige aus. Viele kleine, aber auch grosse Unternehmungen von Weltruf, sind in der Provinz zusammengebrochen oder ringen um den Fortbestand. Deshalb fließen nicht nur alle Steuerquellen dürftiger, sondern gleichzeitig steigen die Ausgaben für die bedauernswerten Menschenmassen, die z.T. seit Jahren die Hände nicht mehr bei nutzbringender Arbeit regen können.

Die Winterhilfe, die in allen Teilen der Provinz, wie ich dankbar anerkenne, Erhebliches geleistet hat, kann nur der bittersten Not abhelfen. In rasch wachsender Zahl fordern Gemeinden und Kreise in der Provinz, denen der finanzielle Zusammenbruch droht, geldliche Hilfe vom Staat. Dieser Sachlage hat der Provinziallandtag Rechnung zu tragen. Es kann versucht werden, für Ausgaben verbenden Charakters eine Anleihe aufzunehmen. Ob das gelingt und wann, steht noch durchaus dahin. So hart es ankommt, müssen auch im Haushalt der Provinz die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden. Die Massnahmen, die der Provinziallandtag treffen soll, machen nicht populär. Die Kunst der Selbstverwaltung ist bei vollen Kassen nicht schwer zu üben. Prüfstein für dieses hohe Gut sind Notzeiten, wie sie jetzt durchlebt werden müssen."

SPD. Der Reichshaushaltsplan ist durch Verordnung des Reichspräsidenten um ein weiteres Vierteljahr verlängert worden. Da der Etatplan am Donnerstag, den 31. März, abgelaufen ist, war die Verlängerung notwendig, wenn das Reich weiter Zahlungen leisten soll. Die Reichsregierung hat nun Zeit, den Etat den veränderten Verhältnissen, vor allem den gesunkenen Einnahmen, anzupassen.

Es ist nur zu begrüßen, dass man sich Zeit geschaffen hat, um einen gerechten Ausgleich zu erzielen, anstatt Hals über Kopf zu arbeiten.

Nach den in der erwähnten Verordnung festgelegten Bestimmungen dürfen im kommenden Vierteljahr die für das Etatjahr 1931/32 bewilligten Beträge nur zu einem Fünftel ausgegeben werden. Die persönlichen Ausgaben, d.h. Gehälter, Löhne usw., werden davon nicht berührt. Das widerlegt wohl am besten die von den Nationalsozialisten verbreiteten verlogenen Mitteilungen, dass die Regierung eine neue Gehaltskürzung verordnen will.

Zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten werden den Gemeinden für das laufende Vierteljahr 75 Millionen Mark als Reichszuschuss zur Verfügung gestellt. Das ist mehr als im Etatjahr 1931/32 bewilligt werden konnte.

SPD. Weimar, 31. März (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des Thüringischen Landtags hielt Staatsminister Baum die Etatsrede für das Rechnungsjahr 1932. Die Nationalsozialisten, die bisher streikten, waren erschienen. Sie verlangten mit den Kommunisten, dass ihre Anträge auf Auflösung des Landtags mit auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dem wurde jedoch widersprochen, so dass die Anträge nicht mit zur Verhandlung stehen.

Als Staatsminister Baum (Landbund) mit seiner Rede begann, verliessen die Nationalsozialisten geschlossen den Sitzungssaal. Sie kehrten erst zurück, als der Minister seine Rede beendet hatte.

Interessant in der Etatsrede des Staatsministers Baum war die Feststellung, dass das Jahr 1930 mit einem Fehlbetrag von über 10 Millionen Mark abschliesst. Im Rechnungsjahr 1930 war der Nationalsozialist Frick thüringischer Minister. Die Nationalsozialisten haben während seiner Ministertätigkeit in Deutschland immer wieder behauptet, Frick habe den Thüringer Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930 ausgeglichen und die Schulden Thüringens beseitigt. In Wirklichkeit sind während seiner Ministertätigkeit die Schulden des Landes Thüringen von 120 auf 130 Millionen Mark angewachsen.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen den russischen Raiffeisenschwindler Uralzef und Rechtsanwalt Türk wurde am Donnerstag als Zeuge Rechtsanwalt Direktor Dr. Erich Seelmann-Eggeberth vernommen. Der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Dr. Seelmann-Eggeberth sass zusammen mit dem verstorbenen deutschnationalen Reichstagsvizepräsidenten Dietrich und dem gleichfalls verstorbenen Direktor Schwarz im Vorstand des Raiffeisenkonzerns.

Seelmann sagte aus, dass er bei der Gewährung der grossen Uralzef-Kredite nicht mit dem Angeklagten Uralzef direkt verhandelt habe. Die Kredite seien von Rechtsanwalt Dr. Lange bewilligt worden. Lange habe immer wieder versichert, dass das Geld demnächst hereinkommen werde. Das sei aber nicht der Fall gewesen: Uralzef habe immer wieder das "Russengeschäft" und das "amerikanische Geschäft" aufgetischt, jedoch niemals an die Abdeckung der Kredite gedacht. Er, Seelmann, habe zum ersten Mal "gestutzt", als sich herausstellte, dass die Lagerräume der Speditionsfirma Koch, die angeblich die Uralzef'schen "Sicherheiten" bergen sollten, geräumt seien.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Seelmann noch, dass Uralzef auf ihn "lange Zeit einen sehr guten und zuverlässigen Eindruck" gemacht habe. Veranlassung zu einer Strafanzeige sei an sich bei der Feststellung gegeben gewesen, dass die Sicherheiten in den Lagerräumen von Koch fehlten. Er habe sich aber gesagt: Stellen wir Strafanzeige, bekommen wir unser Geld nicht. Ausserdem wäre gegebenenfalls ein Run auf die Bank zu befürchten gewesen.

SPD. Prag, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die tschechische Regierung hat die nordböhmisches Grubenbesitzer aufgefordert, ihre Kündigungen sofort zurückzuziehen. Sie hat zugleich Massenkündigungen bis auf weiteres verboten.

Diese Massnahme hat bisher auf die Streiglage keinen wesentlichen Einfluss ausgeübt. In Nordböhmen wurde auch am Donnerstag weiter gestreikt. Die Streikleitung in Brüx erklärte, dass sie die Mitteilung der Regierung nicht zur Kenntnis nehmen könne und der Streik in vollem Umfang weitergeführt werde solange nicht alle zehn von den kommunistischen und hakenkreuzlerischen Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen erfüllt seien. In Mährisch-Ostau wurde der Streik am Donnerstag-Nachmittag um zwei Uhr beendet, als aus Prag die Nachricht eintraf, dass die Grubenbesitzer von der in Aussicht genommenen Kündigung von 12 000 Bergarbeitern Abstand nehmen.

SPD. Die Nazi-Partei hat in den letzten Tagen versucht, das Verbot der Verteilung nicht genehmigter Flugblätter dadurch zu umgehen, dass sie ihre Presseerzeugnisse in kleinerem Umfange aber in grösserer Auflage erscheinen liess und diese Jauchekübel dann gratis verteilen liess. Gegen diese Umgehung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932 haben zahlreiche Behörden sofort Front gemacht, worauf Nazi-Hitler sich beschwerdeführend an den Reichsinnenminister wandte. Dieser hat am Donnerstag folgende telegraphische Antwort nach München gerichtet und sie gleichzeitig den Landesregierungen mit der Bitte um entsprechende Veranlassung zugeleitet:

"Von der NSDAP in die Wege geleitete Verbreitung von Propagandanummern der nationalsozialistischen Presse in inhaltlich beschränktem Umfange, aber in verdreifachter bis verzehnfachter Auflage, ist versuchte Umgehung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932, da solche Nummern als Flugblätter anzusehen sind. Flugblatt ist ein durch Schrift oder Druck oder dergleichen vervielfachtes Erzeugnis, das geeignet und bestimmt ist, leicht und weit verbreitet zu werden. Dazu gehört geringer Umfang, Unentgeltlichkeit oder geringer Preis, grosse Auflage und die sich aus der Gestaltung des Blattes ergebende Eigenschaft, dass es als Flugblatt gedacht und bestimmt ist. Auch einzelne Nummern einer periodischen Druckschrift können Flugblatt sein, wenn sie nach Art eines solchen zum Beispiel als Propagandanummern hergestellt und verbreitet werden, insbesondere wenn sie von vornherein in Art eines Flugblattes zur selbständigen Weiterverbreitung bestimmt und eingerichtet sind. Dies entspricht höchstrichterlicher Rechtsprechung (vergleiche Bayerisches Oberstes Landesgericht 1. Juli 1926 in Bayerische Verwaltungsblätter 1926, Seite 413). Vorgehen gegen derartige Umgehungsversuche ist daher nicht zu beanstanden."

+ + +

Ein Berliner Blatt, die von der Schwerindustrie ausgehaltene und von dem Generaldirektor der Reichsbahn durch grosse Abonnements unterstützte DAZ, regt sich über die für jeden objektiven Menschen selbstverständliche und vernünftige Anordnung des Reichsinnenministers fürchterlich auf. Sie faselt davon dass mit dieser Anordnung die Vorzensur für Flugblätter "auf Zeitungen ausgedehnt werde". Dagegen müsse die "Presse ohne Unterschied der Parteirichtung schärfsten Protest" einlegen.

Nein, diese Anordnung des Reichsinnenministers ist nicht nur vernünftig, sie war auch dringend notwendig. In ihr eine Ausdehnung der Zensur für Flugblätter auf die Presse zu erblicken, bedeutet eine Verdrehung des Tatbestandes, wie man sie sich schlimmer kaum denken kann. Es liegt auf der Hand, dass die Nazis mit der Gratisverteilung ihrer Presseerzeugnisse nur den Zweck verfolgen, die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932 zu umgehen. Dieser Zweck ist so offensichtlich, dass jede Re-

gierung, die Wert auf Autorität legt, dagegen einschreiten musste. Schliesslich gelten die bestehenden Verordnungen auch noch für die Scharlatane und Schwadronneure vom Dritten Reich. Verstossen sie dagegen, dann ist gegen sie ebenso vorzugehen wie gegen jeden Staatsbürger, der für Ruhe und Ordnung ebenso wenig Sinn hat wie die Röhmlinge um Hitler und wie allem Anschein nach neuerdings auch die Deutsche Allgemeine Zeitung.

SPD. Hannover, 31. März (Eig. Drahtb.)

Ein neuer Fall unglaublicher Roheit von Nazibanditen ereignete sich in dem kleinen Städtchen Bad Münder am Deister. Dort begleitete ein Reichsbannerkamerad ein junges Mädchen nach Hause. Kaum hatte er die letzten Häuser der Stadt hinter sich, als plötzlich ein Auto herankam, vor ihm hielt und die Lampen auslöschte. Als der Reichsbannerkamerad dann näherkam, stand er plötzlich im Scheinwerferlicht mehrerer Taschenlampen. Mit dem Rufe: "Schlagt den Lumpen tot!" fielen etwa 30 SA-Leute über ihn her und bearbeiteten ihn mit Totschlägern und anderen Mordinstrumenten. In der Meinung, der Reichsbannermann sei schon erledigt, riefen die vertierten SA-Leute: "Schmeisst den Lumpen in den Bach!". Sofort wurde der Reichsbannermann von mehreren SA-Leuten ergriffen über die Strasse geschleift und in den Bach geworfen. Dann verschwand das Lederpack.

Der Schwerverletzte kletterte unter grossen Schmerzen mühsam aus dem Bach heraus und schleppte sich in ein nahegelegenes Haus. Die Hausbewohner benachrichtigten einen Arzt und die Polizei. Nach Anlegung mehrerer Verbände brachte der Arzt den halbtot Geschlagenen mit einem Auto in seine Wohnung.

SPD. Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ist am Donnerstag um 12 Uhr nachts abgelaufen. Es sind drei Kandidaten gemeldet: Hindenburg, Hitler, Thälmann.

An der ersten Stelle des amtlichen Stimmzettels wird diesmal Hindenburg stehen.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Ein Redakteur des "Paris Midy" hat die Führer der drei grössten französischen Parteien, Herriot, Blum und Marin, um ihre Ansichten über die bevorstehenden Kammerwahlen befragt.

Alle drei erklärten, dass die Wirtschaftskrise und der Friede die Plattform für ihre Wahlpropaganda bilden. Léon Blum sagte, er erwarte von den Wirkungen der Krise auf die Massen und ihrer Ausbeutung ebenso wie von der Kampagne für den "Frieden durch Abrüstung" einen grossen Wahlerfolg für die sozialistische Partei. Die sozialistischen Kandidaten hätten ein ganzes Arsenal von Beweisen und Argumenten zu ihrer Verfügung und würden davon ausgiebig Gebrauch machen. Die Kampagne der Partei sei vor allem gegen das jetzige soziale Regime gerichtet. Es sei nicht die Aufgabe der Partei, das Datum seiner endgültigen Zerstörung als politisches Regime anzukündigen. Niemand könne in dieser Hinsicht Prophezeiungen wagen. Aber man könne sagen, dass es neben der Zerstörung des politischen Regimes, das über dem sozialen Regime steht, die ideologische Zerstörung dieses sozialen Regimes gebe. In dieser Hinsicht hätten die Sozialisten das Recht festzustellen, dass die ideologische und juristische Zerstörung dieses sozialen Regimes, das nicht mehr seinen eigentlichen Zweck

erfülle, bereits zum grössten Teil vollbracht sei. Die sozialistischen Kandidaten würden nicht müde werden, dies mit den notwendigen Beweisen zu wiederholen und die Wählerschaft für die sozialistische Doktrin zu gewinnen.

+ + +

Die französischen Kammerwahlen sind am Donnerstag durch Verordnung des Staatspräsidenten auf den 1. und 8. Mai festgesetzt worden.

SPD. Genf, 31. März (Eig. Drahtb.)

Der Gesandte Polens in Bern und ständige Vertreter beim Völkerbund und Internationalen Arbeitsamt Sokal ist am Donnerstag-Vormittag nach langer Krankheit im Alter von 49 Jahren in Bern gestorben.

Sokal hatte an allen Arbeiten des Völkerbundes seit dessen Gründung persönlichen Anteil. Als Mitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts hat er stets für die Interessen der Arbeiter grosses Verständnis gehabt. Oft wusste er sich selbst gegen die Oberstenregierung in Warschau durchzusetzen. Die 15. Internationale Arbeitskonferenz 1931 wählte in einstimmig zu ihrem Präsidenten. Die Arbeitervertreter erklärten damals ausdrücklich, dass sie für die Person und nicht für das Land, das Sokal vertrete, stimmten.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Der Flugzeugunfall, bei dem der schweizerische Oberst de Reynier, Vorsitzender der Völkerbundskommission für die Festlegung der Grenze zwischen Syrien und dem Irak, sowie zwei französische Flieger den Tod gefunden haben, hat sich nach einer Mitteilung des Quai d'Orsay in der Syrischen Wüste etwa 150 Kilometer westlich von Rutbah zugetragen. Die Leichen der drei Insassen sind am Donnerstag-Vormittag in Beirut eingetroffen, wo ihnen in Gegenwart des französischen Hilfskommissars militärische Ehren erwiesen wurden.

SPD. In Bayern ist zwischen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein Wahlbündnis abgeschlossen worden. Die beiden Parteien werden gemeinsame Listen zur Landtagswahl aufstellen. Man nimmt an, dass auch die Verhandlungen zur Heranziehung der Staatspartei und des Christlichsozialen Volksdienstes für die Listengemeinschaft in Bayern fortgesetzt werden.

Das bayerische Wahlrecht, das komplizierter ist als das preussische, macht die Verwertung der Reststimmen von der Erlangung eines Grundmandates abhängig, das aber nur erteilt wird, wenn der Faktor erreicht wurde, der nach der jeweiligen Wahlbeteiligung bei jeder Wahl festgesetzt wird. Die bayerischen Wahlrechtsverhältnisse hatten z.B. bei den letzten Landtagswahlen zur Folge, dass Wirtschaftspartei und Volkspartei zwar ungefähr gleich viel Stimmen erhielten, dass es aber nur der Volkspartei möglich war, ein Grundmandat zu erlangen, mit dessen Hilfe sie die Reststimmen verwerten konnte, während die wirtschaftsparteilichen Stimmen mangels dieser Voraussetzung gänzlich ausfielen.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Das französische Auswärtige Amt teilt mit, dass zwischen der französischen und der englischen Regierung entsprechend der Ende voriger Woche von englischer Seite gemachten Anregung vereinbart worden ist, die Viermächtekonferenz zur Prüfung des Donaubundprojekts in der nächsten Woche nach London einzuberufen. Die englische Regierung werde die offiziellen Einladungen sofort an die beteiligten Mächte absenden. Frankreich werde auf der Konferenz, falls Tardieu von Paris nicht abkömmlich sei, durch Finanzminister Flandin vertreten.

SPD. Brüssel, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die überseeische Reeder-Konferenz wurde am Donnerstag-Abend mit dem Beschluss beendet, eine allgemeine 20 prozentige Herabsetzung der Passagier-tarife erster und zweiter Klasse und eine 10 prozentige Herabsetzung der Tarife dritter Klasse zwischen Europa und Amerika durchzuführen.

Der Kampf scheint sehr scharf gewesen zu sein. Insbesondere die französischen Delegierten und die Vertreter einiger englischer Gesellschaften wandte sich hartnäckig gegen die vorgeschlagene Verbilligung. Schliesslich gab der von New York und London gemeldete Beschluss der amerikanischen Linien sowie der englischen Cunard- und White-Star-Linie, die Tarife von sich aus herabzusetzen, den Ausschlag. Die deutschen Gesellschaften entschieden sich für eine Fahrpreisverminderung.

Die Reedereien wollen jetzt gemeinsam über eine Herabsetzung der Zahl der Amerikafahrten verhandeln.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem von der Zigarettenindustrie die für Markenartikel aufgrund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgeschriebene Senkung von 10 % vorgenommen worden ist, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung keine Veranlassung gesehen, weitere Massnahmen zur Senkung der Zigarettenpreise durchzuführen. Die Nachprüfung der Preise für Zigarren durch den Reichskommissar für Preisüberwachung hat ergeben, dass durchweg bei gleicher Qualität die Preise erheblich gesenkt worden sind, sodass ein Eingreifen durch den Reichskommissar für Preisüberwachung nicht erforderlich wurde. Da die bei Rauchtobak bestehende Preisbindung aufgrund der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehoben worden ist, weil die zehnpromtente Preissenkung nicht durchgeführt wurde, soll von Seiten des Reichskommissars für Preisüberwachung nicht eingegriffen werden, weil die Entwicklung der Preissenkung auf dem freien Markt weiter abgewartet werden soll.

SPD. London, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen Chinesen und Japanern vor Schanghai über die Bedingungen des Waffenstillstandes haben noch immer zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Die Chinesen weigern sich, über etwas anderes als den Waffenstillstand zu verhandeln, während die Japaner ihre Truppen nicht zurückziehen wollen ohne die Zusicherung erhalten zu haben, dass die antijapanische Propaganda, um deretwillen sie den Feldzug unternommen haben, eingestellt wird. Die beiderseitigen Streitkräfte machen sich auf den Wiederbeginn der Kämpfe gefasst und haben bereits Schützengräben ausgehoben.

SPD. Am Sonntag-Mittag um 12 Uhr nimmt der Oster-Burgfrieden sein Ende. Nachmittags und Abends wird die "Eiserne Front" bereits wieder in ganz Deutschland aufmarschieren. Insgesamt werden von der Sozialdemokratischen Partei und der Eisernen Front bis zum 10. April, dem Tage der Reichspräsidentenwahl, 75 000 Versammlungen durchgeführt werden. Die Agitation wird besonders auf das Land getragen. Neben der Versammlungsagitation wird mit Flugblättern, Plakaten, Schallplatten und Klebezetteln gearbeitet. Der Höhepunkt des Wahlkampfes wird am Freitag, den 8. April erreicht werden. An diesem Tage sollen im ganzen Reich nochmals grosse Kundgebungen bzw. Aufmärsche stattfinden.

SPD. London, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Viermächtekonferenz über das Donauprojekt wird, wie offiziell mitgeteilt wird, am Mittwoch in London beginnen. Sie kann nicht länger als bis Sonnabend dauern, da der englische Aussenminister an diesem Tage nach Genf abreisen muss. Tardieu wird seinen am Sonntag-Abend beginnenden Besuch nicht bis zur Konferenz ausdehnen. Er lässt als französischen Vertreter Finanzminister Flandin in London zurück.

SPD. Das Schwurgericht Berlin III verurteilte am Donnerstag den nationalsozialistischen SA-Mann Sander wegen Raufhandels, Totschlagversuchs und unbefugten Waffenbesitzes zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Sander wurde sofort in Haft genommen. Der SA-Mann Drwall erhielt ebenfalls wegen Raufhandels und Stichwaffenbesitzes 1 Jahr Gefängnis.

Die beiden Nationalsozialisten wurden als Hauptträdelsführer bei einem Ueberfall festgestellt, der kürzlich von SA-Leuten auf Kommunisten vorgenommen wurde. Im Verlauf des Ueberfalls wurde der nationalsozialistische Posthelfer Nowak getötet. Ein Jungkommunist, der ebenfalls angeklagt war, wurde freigesprochen, weil das Schwurgericht es nach der Beweisaufnahme als erwiesen betrachtete, dass die Nationalsozialisten die Angreifer gewesen sind.

Anm.f.d.Red.: Am Freitag bringen wir einen Aufruf der "Eisernen Front" zum Versand, der am Sonnabend veröffentlicht werden soll.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Darmstadt, 31. März (Eig. Bericht)

Hundert Tage sind keine lange Regierungszeit, auch nicht für einen kommunistischen Bürgermeister. Immerhin aber ist ein solcher Zeitraum lange genug, um Fähigkeiten im Wirtschaften an den Tag zu legen - oder auch um einen Schnelligkeitsrekord im Abwirtschaften aufzustellen.

Am 8. Dezember 1931 wurde der Kommunist Georg Zwilling I als Bürgermeister des zwischen Darmstadt, Mainz und Frankfurt a.M. gelegenen, rund 5000 Einwohner starken Ortes Mörfelden vereidigt und in sein Amt eingeführt. Diese Arbeitergemeinde mit ländlichem Einschlag hatte vorher einen sozialdemokratischen Bürgermeister, der voraussichtlich wiedergewählt worden wäre, wenn er nicht die Oppositionsformen Zwillings und seiner Parteigenossen im Gemeinderat satt gehabt hätte. Die Kommunisten hatten so lange und so betriebsam den Gemeindegewählten verheissen, dass und wie sie es besser machen wollten als der Sozialdemokrat, sodass der sozialdemokratische Bürgermeister ihnen gerne Gelegenheit liess, ihren Versprechungen die Tat folgen zu lassen. Da es in Hessen nicht wie in Preussen und anderen Ländern ein Bestätigungsrecht der kommunalen Aufsichtsbehörden gibt, liess man Zwilling in seinen Bestrebungen, aus Mörfelden eine kommunistische Musterzelle, ein Klein-Moskau, zu machen, gewähren.

Hundert Tage hat die Herrlichkeit gedauert. Am 17. März 1932 übernahm ein Obersekretär des zuständigen Kreisamtes als Staatskommissar die Leitung der Mörfelder Verwaltungsgeschäfte. Obwohl er mit Geläute der Sturmglocken empfangen wurde und das Rathaus von einer aufgewiegelten tausendköpfigen Menge, darunter viele Frauen und Kinder, besetzt fand, schaffte er im Handumdrehen Ruhe und Ordnung, denn er tat das, was "Bürgermeister" Zwilling schon seit Wochen schuldig geblieben war: er zahlte zum erstenmal wieder die Wohlfahrtsfürsorgegelder aus. Das hatte zwar auch der frühere sozialdemokratische Bürgermeister immer getan. Er hat auch die Winterhilfe für Erwerbslose und Ausgesteuerte durchgeführt und stets für Arbeit oder Unterstützung gesorgt. Trotzdem behaupteten die Kommunisten damals in ihrer Presse immer wieder: "Ein beträchtlicher Teil der Mörfelder Bevölkerung nagt buchstäblich am Hungertuch. Es ist kein Geld da! Das ist die Devise des sozialdemokratischen Bürgermeisters, um die berechtigten Forderungen der notleidenden Bevölkerung in den Wind zu schlagen.

Gewiss, der Kommunist Zwilling zeigte seinem Vorgänger, wie es gemacht werden muss. Er begann seine von ausserordentlichen Erwartungen begleitete Amtstätigkeit zwar vorschriftsmässig mit der Leistung des Dienstes, aber das blieb auch so ziemlich seine einzige wirkliche Amtshandlung. Seine weitere Tätigkeit bestand in einer planmässigen Sabotage alles dessen, was nach Amtlichkeit roch, in Propagandareisen durch Hessen und über die Landesgrenzen hinaus. In allen hessischen Versammlungen der KPD vor der Reichspräsidentenwahl spielten der Name und das kommunalpolitische Genie Zwillings eine hervorragende Rolle, sein persönliches Gastieren brachte volle Häuser und sogar Herrschaftspräsidentenkandidat Thälmann liess allenthalben von seinen Lippen Milch und Holz, Kohlen und einen ergiebigen Geldregen über "Klein-Moskau" in Hessen fließen. Bis Zwilling zwei Tage vor der Präsidentenwahl auf seinem Feldzug mit einem Motorrad verunglückte und ins Krankenhaus kam. Jetzt musste sein Vertreter, ein kommunistischer Beigeordneter auf dem Kreisamt Farbe bekennen:

Von 25 hochtrabenden Anträgen des "Roten Winterhilfsprogramms" sind nur einige nebensächliche durchgeführt. An Winterhilfe ist nichts verteilt, weder Bargeld noch Holz, weder Kohlen noch Kindermilch. Der Plan eines kostenlosen Schulkinderfrühstücks für alle Erwerbslosenkinder ist ebenso wenig über das erste Stadium der Erhebungen hinaus gekommen wie die Mietunterstützung für Neubauwohnungen. Die Holzhauer warten vergeblich auf die ihnen versprochene Nachzahlung des 10-prozentigen Lohnabbaus, dessen Nichtdurchführung in Mörfelden Zwilling versprochen hatte. Die Bettelpfennige, die die Wohlfahrts-

empfänger in den letzten Wochen tatsächlich erhielten, bestanden in Lebensmittelscheinen, die noch aus der früheren auf Veranlassung der Sozialdemokratie veranstalteten Sammlung stammten. Dafür hatte sich Zwilling auf einfache Art dadurch bei seinen Mitbürgern beliebt gemacht, dass er die Steuereinzahlung sabotierte, wo er nur konnte, und dass er, solange noch Geld da war, mit offenen Händen plan- und wahllos, ohne Rücksicht auf jede Bedürftigkeit spendete. Zwilling war auf dem besten Wege, die ganze Gemeinde künstlich erwerbslos zu machen - eine Versechsfachung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hatte er in der kurzen Zeit seiner Amtsführung bereits erreicht! Beispielsweise sprach er Gewerbetreibende auf der Strasse an und legte ihnen nahe, ihren Laden zu schliessen, Unterstützung gebe es auch ohne Arbeit. Teilweise zahlte er auch höhere Unterstützungen aus, als die Richtsätze erlauben. Um die Jahreswende kamen staatliche Zuschüsse, ein grösserer Betrag für früher verkauftes Grubenholz und noch andere Einnahmen zusammen. Da gab es "Fettlebe" in Mörfelden, denn Zwilling pulverte alles in wenigen Tagen bis auf den letzten Pfennig hinaus.

Aber auch diese Wirtschaft war nur möglich, indem die Gemeinde ihre Schulden vornehm ignorierte: die Beträge für Wasser- und Elektrizitätsentnahme, die Zinsen für Baudarlehen oder andere Gelder blieb man einfach schuldig. Dafür verfügte die von Zwilling dem Gemeinderat auf den Kopf gesetzte "Einwohnerversammlung" die "Autarkie" über Mörfelden. Sie beschränkte sich allerdings auf ein "Ausfuhrverbot" an Zins- oder anderen Zahlungen. An Zuwendungen wurde dagegen genommen, was nur aufzutreiben war. Die Bürgersteuer war nun einmal da, aber Zwilling unterschrieb die Steuerkarten nicht. Als er deshalb disziplinarisch bestraft wurde, schickte er zwar Mahnzettel hinaus, ging aber in d. Versammlung der Gewerbetreibenden und sagte den Leuten, die Mahnungen seien nur eine Formsache, solange er im Amt sei, werde keine Pfändung durchgeführt.

Auf diese Weise gelang es den Kommunisten in Mörfelden, bei der Reichspräsidentenwahl den früheren Hitlerwählern rund 100 Stimmen abzujagen. Jetzt, wo die Herrlichkeit zuende ist, wird es wohl heissen: Wie gewonnen, so zerronnen!

SPD. Das bekannte englische Blatt, der "Manchester Guardian", veröffentlicht in seiner Mittwoch-Ausgabe einen Bericht seines nach Braunschweig entsandten Berliner Korrespondenten F. A. Voigt, dessen Schilderung über die Zustände im Reich des Herrn Klagges wir folgendes entnehmen:

"Obgleich den Nazis, wie dem Reichsbanner das Uniformtragen verboten ist, laufen jene in Braunschweig doch in ihren braunen Uniformen herum. Jeder motiviert irgendeine Unregelmässigkeit - er geht z.B. ohne Mütze oder trägt einen gewöhnlichen Mantel - und auf diese Weise wird der Nazi in Braunschweig von der Polizei und von den Gerichten nicht aus uniformiert betrachtet, sodass Schwärme von jungen Leuten, die man in Berlin und München verhaften würde, in Braunschweig frei herumlaufen. Die Nazisturmtruppen, SA-Männer, haben Quartiere, die sie wie Kasernen benutzen. Eines dieser Quartiere ist eine Villa in dem besten Viertel der Stadt. Sie haben auch Lastkraftwagen, in denen sie mit grosser Geschwindigkeit herumrasen. Ueber dem Kühler flattert die Hakenkreuzfahne. Die Seiten der Lastautos sind zum Herunterklappen, sodass die Insassen sofort herunterspringen können.

Wo eine wirkliche und angebliche Unruhe herrscht, rasen die Lastautos an den betreffenden Ort. Die Sturmtruppen springen herunter, Schläge mit Knüppeln, Totschlägern, Schlagringen werden von rechts und links ausgeteilt, Arme, die zur Selbstverteidigung erhoben sind, werden gebrochen oder mit Striemen übersät und sich beugende Rücken und Schultern werden grün und blau geschlagen. Hin und wieder fallen auch Schüsse, und Messer werden gestossen. In wenigen Minuten ist alles vorbei. Die Nazis klettern in ihre Wagen zurück und sausen ab. Die ankommende Polizei findet einen Mann tot oder mehrere, die

ohne Bewusstsein mit Gehirnerschütterung daliegen. Andere wieder, die sich davonschleppen, die Hände über den durch Messerstiche verwundeten Leib gelegt oder sie halten die Hände an den verwundeten Kopf, von dem das Blut auf das Pflaster tröpfelt. Die Verwundeten sind manchmal Reichsbannerleute, manchmal ist auch ein Kommunist dabei, manchmal sind es zufällig Vorübergehende. Sehr selten findet sich unter den Verwundeten ein Nazimann. Niemals ist irgendeine wirkliche Ursache für solche Angriffe, niemals eine Unruhe, mit der die Polizei nicht mit Leichtigkeit fertig werden könnte. Gewöhnlich war überhaupt keine Ursache für den Angriff, sondern nur eine Vortäuschung unter der Parole "Kameraden in Gefahr", die nur als Vorwand für den Ueberfall dient. Das Auto mit seiner Last von Halunken kann fast jeden Tag gesehen werden und man kann jeder Zeit sich vor den Quartieren aufhalten, in denen die Sturmtruppen wohnen, essen, schlafen, Posten stehen, ihren Sold empfangen, kommen und gehen und in ihren braunen Uniformen, die angeblich keine ist, herumstehen. Nichts geschiel um diesen Gemeinheiten Einhalt zu gebieten. Die, die schuldig sind, andere schwer verletzt oder Mord begangen zu haben, sind seltsamerweise nie festzustellen und die Sturmtruppen bleiben unbehelligt, ob sie in ihren Lastautos fahren oder sich in ihren Kasernen aufhalten.

Würden die Kommunisten nur einen Bruchteil von dem tun, was sich die Nazis in Braunschweig erlauben, so würde die Strafe eine sofortige und drastische sein. Uniformen, Lastautos und Kasernen würden über Nacht verschwinden... Heute habe ich ein Dutzend - nur ganz wenige unter sehr vielen - von denen aufgesucht, die im Laufe des März von Nazis schwer verletzt worden sind. Es ist einfaches Arbeitsvolk, das mit keinem Streit gehabt und nie die geringste Provokation begangen hat. Die Mehrzahl der Ueberfälle in letzter Zeit ist nicht in der Stadt Braunschweig, sondern in den umliegenden Dörfern geschehen. In einem dieser Dörfer z.B. gingen mehrere Männer und Frauen nach einer Zusammenkunft nach Hause. Es war dunkel, und plötzlich kam ein Lastauto heran. Es gab schrille Pfeifensignale und der Kriegsruf der Nazis ertönte: "SA drauf, schlägt die Hunde tot" usw. Wie Wilde teilten die Nazis Schläge und Stiche aus. Sie trugen Blendlaternen, sodass sie selbst gut sehen konnten, aber schwer zu sehen waren.

Ein alter Mann, mit dem ich sprach, wurde auf den Kopf geschlagen und erhielt einen Messerstich in den Unterleib. Er wurde bewusstlos und blutüberströmt aufgelesen. Es geschah gerade am Abend der Präsidentenwahl. Der Verwundete ist immer noch Rekonvalescent, bleich und sehr schwach. Sein Rock und seine Weste zeigen noch den Schlitz, wo das Messer durchgegangen ist. Seine Mütze ist mit geronnenem Blut bedeckt. Seine Frau war an diesem Abend bei ihm. Ein Licht, so erzählt sie, leuchtete mir plötzlich ins Gesicht. Sie hörte irgendjemand von dem Lastwagen herunterschreien: "Nicht auf die Frauen schlagen! Aber trotzdem fielen die Hiebe auch auf sie. Sie hob ihre Arme, um ihr Gesicht zu schützen und lief davon. Ihre Arme weisen noch immer die Striemen auf.

Dorf um Dorf hörte und sah ich ähnliches. Bevor Herr Klagges im Amt war, waren solche Dinge in Braunschweig unbekannt.....

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags ist für Montag den 11. April nachmittags 5 Uhr, also unmittelbar nach der Wahl des Reichspräsidenten einberufen worden, um über den Wiederezusammentritt des Reichstags Beschluss zu fassen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Haus Ludendorff feiert Goethe.

SPD. Das Haus Ludendorff hat sein Scherflein zu den Goethefeiern beige-tragen. Mathilde Ludendorff hat in dem Buche "Der enthüllte Frevel" dem deut-schen Volke Goethe vorgestellt als die Meingestalt des Logenbruders, des Ver-derbers des deutschen Geistes, des Mitschuldigen am Tode Schillers und der Be-schimpfung seiner Gebeine. Dies Buch, das bisher in einer Auflage von 30 000 Exemplaren erschienen ist, ist symptomatisch für den geistigen Zustand Deutsch-lands im Jahre 1932.

Frau Ludendorff behauptet, Schiller sei auf der Karlsschule, die eine Fre-maurerköderanstalt gewesen sei, in den maurerischen Geheimbund gepresst worden. Später aber habe er die grossen Geheimnisse durchschaut:

"Noch bedenklicher, ja erschreckend für die Rabbiner und ihre Geheimziele war, dass Schiller den Nachweis dafür bringt, dass Moses seine Lehre vom eini-gen Gott Jao aus den ägyptischen Priesterschulen nicht etwa als selbsterlebter Gottoffenbarung geschöpft hat."

Es sei eine unheimliche Gefahr für sie gewesen, den Dichter dicht an den Toren der Erkenntnis der ganzen jüdischen List zu wissen. Deshalb sei er unter die strikte Aufsicht des Freimaurerbruders Karl August als Professor in Jena angenommen worden. "Wir hören also von Brüdern, Freimaurern", so schreibt Mathilde Ludendorff, "wie es tatsächlich um den bekannten Geist von Weimar be-stellt war... In Weimar jener Zeit herrschten die "unsichtbaren Väter durch die Freimaurerlogen und die Illuminaten des Juden Weisshaupt." Die unsichtba-ren Väter hätten Schiller zum Tode verurteilt und vergiften lassen:"

"Doch die unsichtbaren Väter haben uns glücklicherweise erspart, diese fürchterlichen Verbrechen nur zu ahnen. Sie haben uns selbst durch das Ver-brecherbegräbnis des allbeliebten Dichters und durch ihren Fluch über Schil-lers Gebeine ausser allen Zweifel gelassen... Die Tscheka der überstaatlichen Geheimorden hat Schiller vom vollen Leben gerafft."

Goethe aber habe davon gewusst, wie er um den Freimaurermord um Lessing gewusst habe, der Freimaurerbruder Goethe habe schändlichsten Verrat an Schil-ler geübt, er sei mitschuldig an der Vergiftung Schillers. Also schreibt Ma-thilde Ludendorff:

"Vor dem Verbrechen an Schiller steht überdies noch verhüllend und täu-schend die Gestalt Goethes, des begabten, aber durch Morddrohung der Logen völ-lig verhängstigten und zu jeder feigen Selbstverleugnung und dem Verrat an Schillers fähig gewordenen Dichter. Nichts haben die Juden und Freimaurer so eifrig betrieben wie die Verherrlichung des logenhörigen Goethe. Das Schick-sal Schillers und hierdurch das Schicksal des deutschen Volkes wird erst er-kannt, wenn das bittere Umlernen über Goethe nicht feige gescheut wird.... Bruder Goethe hat der hässliche Verrat die feige Fügsamkeit der Loge gegenüber noch zu mancher Meintat am deutschen Deutschen Volke verleitet."

Als Quelle über den Logenmord an Schiller zitiert Mathilde Ludendorff eine Erzählung. Darin heisst es:

"Unter allgemeinem Bedauern verliess Schiller den Saal. Goethe wollte ihm folgen. Doch einer der Gäste vertrat ihm den Weg und zog ihn in eine Ni-sche. Die Umstehenden vernahmen leises, aber erregtes Flüstern. Goethe stöhn-te schmerzlich auf und stiess mit gebrochener Stimme hervor: "Musste es denn sein, wirklich musste es denn sein?" Der andere zuckte die Achseln und erwi-derte mit fester Stimme: "Jawohl, es musste sein, dem einen zur Strafe, dem andern zur Warnung."

Mathilde Ludendorff erzählt weiter:

"Unaufgeklärt und ungewarnt schied der todkranke Schiller von Goethe. Wie leicht hätte ihn Goethe noch retten können, aber er bebte vor Angst vor dem Orden. Ihn foltert das böse Gewissen. Er findet keine Ruhe und schleicht sich in die Nähe der Wohnung Schillers. Ein Mann mit einer Laterne schritt auf das Schillersche Haus zu, öffnete dasselbe und trat rasch ein. Goethe hatte ihn erkannt, Professor Voss. Der Tod hatte sich zu Schiller geschlichen.

Das ist der Beitrag des Hauses Ludendorff zu den Goethefeiern, die Ausgeburt eines durch und durch kranken Gehirnes! Wir wollen nicht vergessen festzustellen, dass das Haus Ludendorff dabei Vorgänger gehabt hat. Diese wahnwitzigen Greuelgeschichten um den Tod Schillers spielen seit jeher eine Rolle in der antisemitischen Literatur. Schon Ahlwardt, der antisemitische Rektor der Vorkriegszeit, hat sie kolportiert. Die Gehirnkrankheiten der Antisemiten von damals sind eine Grundlage der antisemitischen Bewegung von heute. 30 000 Exemplare sind von diesem Wahnsinn verkauft worden, und noch ist kein Ende dieser Gehirnseuche abzusehen!

Flucht ins Wunder.

Der Stahlhelm hat am 13. März mit der Kandidatur Düsterbergs ein solches Fiasko erlebt, dass er nicht mehr weiss, was mit ihm geschieht. Es bleibt ihm nur die Flucht ins Wunder, und so erleben wir die seltsame Tatsache, dass sich die "Kreuz-Zeitung", die neue Tageszeitung des "Stahlhelm", das Organ der ausgesprochenen protestantischen Mucker, plötzlich für - das Wunder der Therese von Konnersreuth begeistert, über die die katholische Literatur still geworden ist. Was hat das zu bedeuten? Das ist sehr einfach. Man flüchtet vor den Enttäuschungen durch die Wirklichkeit in den Wunderglauben.

Beschummele den Juden!

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stegmann, Landwirt in Mittelfranken, wurde beschuldigt, Vieh an Juden verkauft zu haben. Er verteidigte sich damit, dass er nur insoweit mit einem Juden gearbeitet habe, als er einem solchen nur zwei tuberkulöse Kühe verkauft habe, womit er einen Christen nicht habe betrügen wollen. Die Nazimoral scheint also zu gestatten, dass man mit Juden verkehrt, wenn man sie dabei übers Ohr haut! Herr Stegmann aber ist mit seiner wunderbaren Notlüge nicht weiter gekommen. Es wurde ihm nachgewiesen, dass er nicht zwei, sondern fünf Kühe an einen Juden verkauft habe. Aber was tuts auch. Die Parteimoral der Nationalsozialisten besteht sowieso darin, anders zu handeln als zu reden.

Wie sie sich lieben.

Die Masurische Allgemeine Zeitung, ein Naziblatt, veröffentlichte folgende Meldung: "Im Verlaufe der letzten Tage ist uns von glaubhafter Seite mitgeteilt worden, dass der Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Chittka, Ortelsburg, in öffentlichen Versammlungen die Behauptung aufstellt, Hitler würde als Reichspräsident alte Leute über 60 Jahre und schwächliche Kinder beseitigen lassen." Herr Chittka sandte eine Berichtigung. Es gelang ihm jedoch nicht, den Abdruck durchzusetzen. Es scheint, dass die ehemaligen Bundesgenossen von Harzburg mit den stinkendsten Mitteln gegeneinander arbeiten. Der Harzburger Käse ist eben zerlaufen und alter Harzburger stinkt bekanntlich

Aus aller Welt

Rittergutsbesitzer als Brandstifter?

Das Rätsel des Grossfeuers auf Schloss Henningsholm.

SPD. Stettin, 31. März (Fig. Ber.)

SPD. Vergangenen Dienstag wurde das Schloss Henningsholm bei Hohenkrug (Pommern) durch Grossfeuer heimgesucht. Ein grosser Teil des Schlossinnern fiel den Flammen zum Opfer. Der Brand brach morgens um 6 Uhr aus. Nach kurzer Zeit erschien der Besitzer des Schlosses, Herr von Dewitz, an der Brandstätte. Er hatte die Nacht nicht im Schlosse, sondern in Berlin verbracht und erklärte, dass seine Abwesenheit - er war am Vorabend weggefahren - ebenso zufällig sei, wie seine Rückkehr zur Zeit des Feuers. Die Staatsanwaltschaft, die später den Tatbestand untersuchte, ist anderer Meinung. Sie hegt den dringenden Verdacht, dass von Dewitz mit dem Ausbruch des Feuers unmittelbar zu tun hat: als Brandstifter... Haftbefehl wurde bis jetzt noch nicht erlassen.

"Vorsätzlich und planmässig".

Als das Feuer, durch das beträchtlicher Sachschade angerichtet wurde, gelöscht worden war, nahm Kriminalkommissar Hertzner von der Stettiner Kriminalpolizei eine Durchsuchung des Schlosses vor. Der Kommissar kam zu dem Ergebnis, dass der Brand nur von Menschenhand angelegt sein könne und die Brandstiftung vorsätzlich und planmässig durchgeführt worden sei. Sachverständige schlossen sich dieser Meinung an. Von vornherein lenkte sich der Verdacht auf von Dewitz, den Besitzer des Schlosses: jedermann weiss, dass die Dewitz'schen Vermögensverhältnisse in letzter Zeit stark in Unordnung geraten sind und von Dewitz wiederholt versuchte, einen Käufer für sein Schloss zu finden. Alle Verhandlungen haben sich jedoch zerschlagen.

Für Hunderttausende versichert....

Im Dezember 1931 kaufte sich von Dewitz gegen den Betrag von 320 000 Mark ein grosses Gut in Mecklenburg, leistete jedoch auf diese Kaufsumme nur eine verhältnismässig geringe Anzahlung. In wenigen Wochen wollte er auf das mecklenburgische Gut übersiedeln; er bewohnte mit seiner Familie bereits nicht mehr Schloss Henningsholm, sondern hatte sich bei Verwandten einlogiert. Auch ein grosser, sorgfältig ausgewählter Teil der Möbel war bereits aus Schloss Henningsholm geräumt und zum neuen Wohnsitz des Herrn von Dewitz transportiert worden. Die restlichen Möbel liess der Schlossherr am Tage vor dem Brande sorgsam in der Diele - in der das Feuer ausbrach! - zusammentragen. Dann fuhr er in seinem 8-Zylinder Wagen nach Berlin, und überliess sein gegen mehrere Hunderttausend Mark versichertes Schloss dem Schicksal, das er ihm nach Meinung der Untersuchungsbehörde selbst bestimmt zu haben scheint....

Herr von Dewitz leugnet.

Der Beschuldigte leugnet die Tat. Er erklärt, dass er an dem Ausbruch des Feuers unschuldig sei. In Berlin will er wichtige Besprechungen geführt haben. Aber für die Täterschaft des Herrn von Dewitz sprechen ausser seinen misslichen Finanzverhältnissen eine Reihe von Indizien. Dass Brandstiftung überhaupt vorliegt, steht so gut wie zweifelsfrei fest. Ebenso steht fest, dass - entgegen ausgesprochenen Verdächtigungen - kein früherer Arbeiter oder Angestellter des Schlossherrn als Brandstifter in Frage kommt. Weder weisen irgendwelche Spuren in diese Richtung, noch gibt es für eine solche Tat irgend ein vernünftiges Motiv.-

Da bei Brandstiftungen Verdunkelungs- und Verschleierungsgefahr ziemlich gross ist, erregte es unter der einheimischen Bevölkerung einiges Erstaunen, dass die Untersuchungsbehörden mit der Verhängung der Untersuchungshaft gegen Herrn von Dewitz noch zögern. Nicht immer und nicht gegen alle pflegt die pomersche Justiz so zartfühlend und so zurückhaltend zu sein.

Das Verbrecherschiff. Am Donnerstag versuchte das argentinische Schiff "Chaco", das 33 aus Argentinien ausgewiesene Schwerverbrecher in Europa an Land zu setzen versucht, den polnischen Hafen Gdingen anzulanden. Dem Schiff wurde jedoch die Landung nicht gestattet; nur diejenigen Mitglieder der unfreiwilligen Passagiere, die sich an Hand ihrer Papiere als polnische Staatsbürger ausweisen konnten, durften ausgehollt werden.

Neues Filmverbot! Von der Berliner Filmprüfstelle wurde der seit langer Zeit mit grosser Spannung erwartete Film "Kuhle Wampe" von Bert Brecht und Ernst Ottwald verboten. Der Film, der seinen Titel von einer in der Nähe Berlins gelegenen Zeltstadt empfangt, versucht das proletarische Schicksal dieser Zeit im Rahmen einer einfachen Handlung zu gestalten und endet mit einer Verherrlichung der Arbeiter-Sportbewegung. Die Gründe, die den Vertreter des Reichsinnenministeriums, Regierungsrat Erbe, zur Beanstandung des Films veranlassten, sind der Öffentlichkeit vorläufig noch nicht bekannt; sie zu entkräften, versuchte - vorerst vergeblich - Rechtsanwalt Dr. Otto Landsberg als Vertreter der Herstellerfirma. Von den vier Beisitzern haben zwei Beschwerde gegen das Verbot eingelegt; der Film wird nunmehr von der Oberprüfstelle begutachtet werden.

Raub in Dresden. Am Donnerstag nachmittag wurde in Dresden ein Raubüberfall verübt. Ein Unbekannter drang mit vorgehaltenem Revolver unter dem Ruf "Hände hoch!" in den Kassenraum des Stadtsteueramtes auf der Kreuzstrasse ein, gab auf die anwesenden Beamten mehrere Schüsse ab, raubte von einem Zahlbrett einen Betrag von etwa 2 300 Mark und flüchtete. Drei im Kassenraum tätige Beamte haben Verletzungen erlitten.

Für 150 000 Dollar Sprit! Amerikanische Küstenwachboote beschlagnahmten 13 Schmugglerschiffe und ihre kostbare Fracht: für etwa 150 000 Dollar Spirituosen!

Romanze. Auf dem Breslauer Polizeipräsidium meldete sich ein Bezirksdirektor der städtischen Wohlfahrtspflege und schilderte ausführlich, wie er von Räubern im Auto entführt worden sei: 2 400 Mark Wohlfahrtsgelder, die er bei sich getragen habe, hätten ihm die Verbrecher ausserhalb der Stadt abgenommen.... Ein Kreuzverhör und nähere Nachforschungen führten allerdings zu dem Ergebnis, dass die ganze Geschichte das Produkt einer romantischen Phantasie war. Der Direktor hatte seine Entführung erfunden, um seine Unterschlagung der 2 400 Mark zu vertuschen. Er wurde verhaftet.

"Hindenburg-Theater". In New York wurde am Donnerstag das frühere President-Theater unter dem Namen "Hindenburg-Theater" als grosses Tonfilmkino wieder eröffnet. Hauptsächlich sollen im "Hindenburg-Theater" deutsche Filme zur Aufführung kommen.

Entsprungener Schwerverbrecher. Der wegen zahlreicher Verbrechen von einem Kölner Gericht zu neun Jahren Zuchthaus verurteilte Schwerverbrecher Wingen ist bei einem Gefangenentransport von Köln nach Bonn entsprungen und entkommen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Neue Situation!

Stellungnahme der Gewerkschaften zur Lohnfrage.

SPD. Die lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände haben zu der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation Stellung genommen. In der Aussprache zeigte sich, dass der Umfang der seitens der Arbeitgeber erfolgenden Vertragskündigungen noch nicht abschliessend zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, dass die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen versuchen. Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, dass schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten Missverhältnis zu den geringen durch die Preisabbauaktion erzielten Preissenkungen steht. Uebereinstimmend wurde betont, dass damit diejenige "Neue Situation" gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Dass angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.

+ + +
Das Reichsarbeitsministerium hat vor kurzem in einer besonderen Verlautbarung zur Lohnfrage darauf hingewiesen, dass bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben müsse. Das Ministerium rechnet damit, dass die Arbeitgeber von der Kündigung der Lohn-tarifverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Der Optimismus des Reichsarbeitsministeriums erscheint uns etwas verfrüht. Soeben erst haben die Unternehmer des Buchdruckgewerbes auch den Lohn-tarif gekündigt. Die von ihnen durch die Kündigung des Manteltarifs angestrebte Schlechterstellung der Gehilfenschaft genügt ihnen noch nicht. Im Ruhrbergbau rechnet man mit einer Kündigung des Lohn-tarifvertrags ab 1. Mai. Der Verzicht des Zechenverbandes auf eine Kündigung zu Ende April ist noch lange kein Zeichen dafür, dass die Grubenunternehmer in der Lohnfrage umstecken wollen. Sie wollen zunächst die Wahlen vorübergehen lassen. In den Gemeinden sind für rund 300 000 Arbeiter Mantel- und Lohn gekündigt. Jedenfalls ist, soweit sich die Situation bis jetzt überblicken lässt, das Unternehmertum noch immer nicht entschlossen, sich endlich von seiner unheilvollen Theorie einer Wiederbelebung der Wirtschaft durch Hungerlöhne freizumachen. Wird daher jetzt nicht eine klare Lohnschutzpolitik durch das Reichsarbeitsministerium eingeleitet, dann besteht die Gefahr, dass in kurzer Zeit die Unternehmer mit sehr zahlreichen Tarifkündigungen kommen. Diese Gefahr muss rechtzeitig gebannt werden. Will sich das Ministerium auf die Einsicht der Unternehmer verlassen, dann ist es verlassen. Auch nur vereinzelte Kündigungen sind von Uebel; sie geben ein schlechtes Beispiel. Bekommt der Teufel den Finger, dann will er die ganze Hand. Von Vereinbarungsmöglichkeiten versprechen wir uns sehr wenig.

Die Reichsregierung ist moralisch verpflichtet, mit ihrer ganzen Kraft jetzt für den Lohnschutz einzutreten; denn die seinerzeit vom Reichskanzler

angedeutete neue Situation ist eingetreten. Der Versuch, Preis- und Lohnsenkung miteinander zu verkoppeln, ist kläglich gescheitert. Heute muss selbst die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände feststellen, dass "in der Tat die Senkung der Preise hinter dem Ausmass der Senkung der Löhne und Gehälter durch die letzte Notverordnung zurückgeblieben ist". Das Preissenkungsversprechen, mit dem man die Arbeiterschaft beim Notverordnungslohnabbau beruhigen wollte, ist nicht erfüllt worden. Eine neue lohnpolitische Situation ist damit gegeben.

Von einem weiteren Lohnabbau kann unter gar keinen Umständen mehr die Rede sein. Ein Lohnaufbau wäre notwendig. Eine Verlängerung des Lohnwaffenstillstandes ist wirklich das Allermindeste, wozu Arbeitgeber und Regierung verpflichtet sind. Dem Unternehmertum muss nicht bloss durch Gutzureden zu Bewusstsein gebracht werden, dass mit dem Lohnabbau nun endlich Schluss gemacht werden muss. Warum nicht auch einmal eine Notverordnung zum Schutz der Arbeitnehmer?

Die Tragödie des Lohnabbaus, unter deren Folgen wir noch lange zu leiden haben, ist das traurigste Kapitel einer vom Unternehmertum erzwungenen Wirtschaftspolitik. Sie ist kein Ruhmesblatt für die deutschen Arbeitgeber. Wenn irgend etwas in Deutschland jetzt Anspruch auf Schutz hat und wie eine vom Winter schwer mitgenommene Pflanze sorgsamster Pflege bedarf, dann ist es der Lohn. Wer diese Pflege dem Unternehmer überlässt, macht den Bock zum Gärtner.

SPD. In Paris tagt zurzeit der Völkerbunds-ausschuss für öffentliche Arbeiten. Der Vorsitzende dieses Ausschusses - ein Unterausschuss der Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes - ist der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller. Die Aufgabe der Pariser Arbeitsbeschaffungstagung besteht in der Untersuchung von zwei Fragen: 1. Inwieweit sind die von den Regierungen vorgelegten Arbeitsbeschaffungspläne wirtschaftlich verwertbar? 2. Können diese Pläne zu einer internationalen Einheit zusammengefasst werden? Nach Klärung dieser Fragen soll der Ausschuss zur Prüfung des Verfahrens für die Finanzierung der internationalen Arbeitsbeschaffung übergehen.

Deutschland hat bis jetzt trotz der in Berlin dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, gemachten Zusage dem Internationalen Arbeitsamt noch keine Arbeitsbeschaffungspläne vorgelegt. Der Grund für diese Zurückhaltung liegt allem Anschein nach in der bei gewissen Stellen der Regierung herrschenden Auffassung, dass eine internationale Arbeitsbeschaffung erst nach der Regelung der Reparationsfrage möglich sei. Die Reparationsfrage ist gewiss brennend, aber die Beschaffung von Arbeit und Brot ist es auch. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Jedenfalls sollte man sich davor hüten, den Kampf um internationale Arbeitsbeschaffung etwa gar mit einer Art Prestigepolitik zu belasten.

SPD. Die Schwarzarbeit hat einen bedrohlichen Umfang angenommen. Schuld daran ist nicht zuletzt die Kurzsichtigkeit vieler Handwerksmeister. Sie fördern die Schwarzarbeit, statt sie zu bekämpfen. So veröffentlichte "Das Deutsche Holzgewerbe" vor kurzem eine interessante Zuschrift, worin auf Inserate in Berliner Tageszeitungen hingewiesen wird, in denen Arbeitsplätze in Tischlereien mit Maschinenbenutzung, Fourniergelegenheit u.a.m. zum Vermieten angeboten werden. Die Inserenten sind Tischlermeister, die aus dem Vermieten der Bänke und Maschinen an Schwarzarbeiter verdienen wollen.

Zu dieser interessanten Feststellung bemerkt die "Holzarbeiterzeitung", das Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes: "Wir sind grundsätzlich Geg-

ner der Schwarzarbeit, müssen aber gestehen, dass wir uns nicht gerade für die Bekämpfung des Übels begeistern können, solange diejenigen, die über die Konkurrenz durch Schwarzarbeit klagen, diese durch ihr Verhalten geradezu fördern. Der Arbeiter, der Schwarzarbeit übernimmt, bekundet damit seinen Arbeitswillen, der an sich Anerkennung verdient. Wie kann man ihm zumuten, auf die Verbesserung seines Einkommens zu verzichten, wenn er sieht, wie sich die Unternehmer gegenseitig niederkonkurrieren, wie sie um die Wette die Löhne drücken, um den Auftrag zu erhaschen. Ganz anders liegen die Dinge, wenn die Unternehmer selbst den guten Willen bekunden, Ordnung im Gewerbe zu schaffen, wenn sie Tarifverträge abschließen und innehalten, um zumindest die gegenseitige Un-
terbietung auf Kosten des Arbeitslohnes auszuschalten."

Alle Schuld rächt sich auf Erden. Um die Löhne zu drücken, wurde der Arbeitslosenschutz verschlechtert. Die Folge war die Zunahme der Schwarzarbeit, und diese Zunahme untergräbt jetzt die Existenz der Handwerksmeister.

SPD. Auf der Zeche Radbod bei Hamm fand eine Neuwahl der Betriebsvertretung statt. Sie hatte folgendes Ergebnis: freie Gewerkschaften 454 Stimmen (im Vorjahre 513), Verlust 11,5 %, christliche Gewerkschaften 452 (im Vorjahre 524); Verlust 13,7 %, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 460 Stimmen (im Vorjahre 853) Verlust 46 %, Hirsch-Duncker keine (im Vorjahre 23 Stimmen), Gelbe 95 Stimmen (im Vorjahre 55), Nationalsozialisten 15 (im Vorjahre keine)

Das Gezeter der kommunistischen Presse gegen die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte ist, wie das Resultat auf der Zeche Radbod beweist, absolut sinnlos. Auch die Nationalsozialisten, die gegen die Verschiebung der Betriebsrätewahlen Sturm liefen, hätten alle Ursache zu schweigen. Das Anwachsen der Gelben ist lediglich eine Frage des Drucks der ungeheuren Krise, die ihnen die gesinnungsschwachen Elemente zutreibt. Das zeigt sich besonders auch in der Beamtenschaft, in der der Afa-Bund 8 Stimmen, die Gelbe Beamtenschaft dagegen 92 Stimmen erhielt.

SPD. Die Lohnverhandlungen zwischen den Arbeitergewerkschaften und dem Arbeitgeberverband in der ostoberschlesischen Eisenindustrie sind abermals gescheitert. Die Industriellen begründen ihre Forderung auf 25%igen Lohnabbau mit dem fortgesetzten Rückgang der Bestellungen. Die Vertreter der Arbeiterschaft lehnen jede weitere Verkürzung des Lohnes mit dem Hinweis ab, dass die Arbeiter ohnehin mehr feiern als arbeiten. Der Lohnstreit kommt vor den Schlichtungsausschuss.

SPD. Das Stahlwerk Becker in Willich, das seinerzeit durch den Versuch der Stahlindustriellen, unter Androhung der Stilllegung eine Fortführung des Betriebes auf niedrigerer Lohnbasis zu erzwingen und so den Tarifvertrag zu zerbrechen, viel von sich reden machte, wird am 5. April stillgelegt. 477 Arbeiter und Angestellte kommen zur Entlassung.

Aus Angst vor Arbeitslosigkeit hat sich die Mehrzahl der Belegschaft der Zeche Caroline der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in Holzwickede bereit erklärt, drei Schichten im Monat umsonst zu verfahren, obwohl die Arbeiter der Zeche mit ihrem Lohn bereits 9 % unter dem Tarif des Ruhrbergbaus liegen. Die Stilllegung ist zunächst vermieden worden. Für wie lange?

hauszinssteuer und miete.

Der Mietpreis muss für die Erwerbslosen gesenkt werden. - Die preussische Sparverordnung gibt dazu die Möglichkeit. - Unsinnige Hetze der Kommunisten.

SPD. Am 1. April tritt die 20-prozentige Senkung der Hauszinssteuer nach der Notverordnung in Kraft. Die Senkung birgt eine starke Benachteiligung für zahlreiche Erwerbslose und sonstige Hilfsbedürftige in sich.

Soweit Erwerbslose und sonstige hilfsbedürftige Mieter von Altwohnungen sind, erhielten sie bisher einen Mietzuschuss in der Form einer Ermässigung oder Niederschlagung der Hauszinssteuer. Durch die Ermässigung der Hauszinssteuer sinkt zunächst auch automatisch der Mietzuschuss im gleichen Betrag. Dem steht allerdings die Mietsenkung gegenüber, die sich im allgemeinen in der gleichen Höhe halten dürfte. Wenn beispielsweise ein Erwerbsloser nominell eine Miete von 300 Mark monatlich zu zahlen hatte, in der eine Hauszinssteuer von 10 Mark enthalten war, und die Hauszinssteuer niedergeschlagen wurde, so blieb er faktisch mit einer Miete von 20 Mark belastet. Die Mietsenkung um 10 % der Friedensmiete drückte nominell seine Miete auf etwas weniger als 28 Mark herab. Andererseits wird die Hauszinssteuer auf 8 Mark ermässigt, so dass er nach wie vor ungefähr 20 Mark an effektiver Miete zu zahlen hat. Gegenüber den drei Monaten Januar bis März 1932 tritt allerdings in diesen Fällen eine Mieterhöhung ein, denn in diesen drei Monaten hatte er nur ungefähr 18 Mark an effektiver Miete zu zahlen, da wohl die Mietsenkung, aber noch nicht die Hauszinssteuerermässigung in Kraft war.

Dazu kommt noch ein weiterer Nachteil für eine grosse Zahl von Hilfsbedürftigen. Die allgemeine Mietsenkung hat sich im Lebenshaltungskostenindex ausgewirkt und die indexmässige Senkung der Lebenshaltungskosten hatte wieder eine Herabsetzung der Richtsätze für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Folge. Nun kommt aber dem grössten Teil der Wohlfahrtserwerbslosen, wie wir festgestellt haben, die Mietermässigung gar nicht zugute. Folglich muss sich ihre Lebenslage verschlechtern.

Ein Ausgleich für die Herabsetzung der Mietermässigung für die Hilfsbedürftigen ist also unbedingt erforderlich. Die preussische Regierung hat dafür auch grundsätzlich den Weg offen gehalten. Sie bestimmte in der Sparverordnung vom 23. Dezember 1931, im Zusammenhang mit der Ermässigung der Hauszinssteuer, dass der Finanzminister, der Wohlfahrtsminister und der Innenminister darüber zu bestimmen haben, ob und in welcher Weise hilfsbedürftige Personen, denen bisher die Hauszinssteuer gestundet und niedergeschlagen wurde, unter Mitwirkung der Fürsorgeverbände zu unterstützen sind. Es ist höchste Zeit, dass diese Bestimmungen erlassen werden, denn die Senkung des Mietzuschusses infolge der Ermässigung der Hauszinssteuer tritt ja bereits jetzt in Kraft.

Es überrascht weiter nicht, dass die kommunistische Presse auch diese Frage zu einer verlogenen Hetze gegen "Braun-Severing-Preussen" ausnützt. Sie nennt die Verordnung über die Senkung der Hauszinssteuer eine Severingsche Verordnung, obwohl sie genau weiss, dass die Senkung der Hauszinssteuer durch eine Reichsnotverordnung verfügt wurde. Es dürfte ihr auch nicht unbekannt sein, dass gerade die Sozialdemokratie in einem Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen grundlegenden Umbau der Hauszinssteuer ver-

langt hat, der die ungerechtfertigte Bevorzugung der Hausbesitzer durch den allmählichen Abbau der Hauszinssteuer verhindern soll.

Die Hetze der kommunistischen Presse gegen Braun und Severing ist um so verlogener, als es doch gerade die Kommunisten sind, die seit Jahren die sofortige und vollständige Aufhebung der Hauszinssteuer verlangen. Gewiss verlangen sie eine Mietermässigung im gleichen Ausmass. Das würde aber doch bedeuten, dass gerade die Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen nicht in den Genuss der Mietermässigung kommen würden. Denn nach unserm obigen Beispiel würde der erwerbslose Mieter, wenn die Hauszinssteuer vollständig aufgehoben wird, nach wie vor 20 Mark Miete zu zahlen haben, da ihm die Hauszinssteuer nicht mehr niedergeschlagen werden kann. Mit anderen Worten: Die Regelung, die ab 1. April eintritt, bedeutet nichts anderes als eine teilweise Verwirklichung der kommunistischen Forderungen. Wir haben also hier wieder ein Musterbeispiel kommunistischer Heuchelei vor uns.

SPD. Auf der 14. Hauptversammlung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, die am Donnerstag in Berlin stattfand, wurde der bisherige Präsident Brandes in seinem Amt bestätigt.

In seiner Ansprache teilte Brandes mit, dass zurzeit etwa 60 000 Ostbetriebe unter dem Sicherungsschutz der Osthilfe stünden. Nach wie vor bestehe ein Missverhältnis zwischen Agrar- und Industriepreisen, wenn sich auch die Schere gegenüber dem Vorjahr um 9 Punkte verengt hat. Ausschlaggebend sei für die Landwirtschaft die Wiederherstellung der Rentabilität. Kredite könnten in dieser Situation nicht mehr helfen. Im Anschluss daran empfahl Brandes eine zielklare Bauern- und Binnenmarktpolitik, vor allem eine Kräftigung des Inlandsmarktes.

Brandes liess allerdings seine Zuhörer darüber im Unklaren, wie er sich die Kräftigung des Inlandsmarktes und die Bauernpolitik eigentlich denkt. Was die Kreise, die Brandes nahestehen, in der letzten Zeit betrieben haben, war ja wohl eine Politik für die Grossagrier, aber nicht für die Bauern. Wenn Leute wie Brandes von einer Kräftigung des Inlandsmarktes sprechen, denken sie an eine weitere Erhöhung der Zölle, an die sogenannte Autarkie. Die in der letzten Zeit eingeführten Zölle beweisen aber, dass die Preise für Vieh, Milch, Butter, Käse usw. nicht von den Zöllen abhängen, sondern von dem Einkommen der Verbraucher. Sinkt das Einkommen der städtischen Bevölkerung, die Fleisch, Milch, Butter, Käse usw. verkonsumiert, weiter, dann werden auch die Preise sinken müssen, die der Bauer erhält. Der Bauer muss also in der Front gegen weiteren Lohnabbau stehen. Er hat gar keine Veranlassung, den Nationalsozialisten nachzulaufen, die den Bauernstand zu Gunsten der Schwer- und Grossindustrie für einen weiteren Lohn- und Gehaltsabbau zu benutzen versuchen.

Die nächsten beiden Redner, Landrat von Reden und Freiherr von Lüninck, befassten sich mit der Notlage der bäuerlichen Wirtschaft. Lüninck wies u.a. darauf hin, dass bei einem allgemeinen Agrarpreisindex von 93,5 Ende vorigen Jahres der Index der Viehpreise auf 66,5 gestürzt sei. Die Rindviehpreise auf dem Kölner Markt seien in letzter Zeit bis auf 54 gesunken. Für Vieh, Obst, Gemüse und Wein hätte sich die Preisschere in den letzten Jahren beträchtlich erweitert.

Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, die in Übereinstimmung mit dem Programm der Grünen Front eine Kontingentierung der Einfuhren und höhere Butter- und Käsezölle fordert. Man glaubt eben mit höheren Zöllen u.a. eine bessere Rentabilität der Milchwirtschaft zu erzielen. Es ist bedenklich, dass die Landwirtschaft aus den Ereignissen der letzten Monaten nicht die richtige Lehre gezogen hat.

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat die Feststellung des durchschnittlichen Wochenumsatzes je Mitglied der ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften, die im Laufe der Jahre an Wert eingebüsst hat, aufgegeben. Um eine zuverlässige Umsatzvergleichsgrundlage zu schaffen, werden die bisherigen Erhebungen über die Wochendurchschnittsumsätze je Mitglied durch monatliche Feststellungen über die Entwicklung des gesamten Umsatzes der Konsumgenossenschaften ersetzt.

Für die Zusammenstellungen werden die Angaben von 153 Konsumgenossenschaften verwertet. Sie umfassen drei Viertel der Mitglieder aller Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Die geschaffene Plattform für die künftigen laufenden Ermittlungen über die Entwicklung des konsumgenossenschaftlichen Monatsumsatzes ist also genügend gross, um einwandfreie Vergleichsmöglichkeiten zu bieten. Die monatlichen Erhebungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine erstrecken sich nicht nur auf die Entwicklung des Umsatzes, sondern auch auf die Mitgliederbewegung, auf den Umfang des Verteilungsstellennetzes und auf die Zahl der Verteilungskräfte.

Danach entfiel im Monat Januar 1932 auf 153 Konsumgenossenschaften mit 2 248 057 Mitgliedern, 7 909 Verteilungsstellen und 23 892 Verteilungskräften ein Gesamtumsatz von 51,008 Millionen Mark. Der Umsatz je Mitglied stellt sich im Januar 1932 auf 22,69 Mark gegenüber 31,83 Mark im Januar 1931, 34,98 Mark im Januar 1930, 34,26 Mark im Januar 1929, 29,58 Mark im Januar 1928, 22,82 Mark im Januar 1927, 18,24 Mark im Januar 1926, 15,85 Mark im Januar 1925 und 10,74 Mark im Januar 1924.

Die Senkung des konsumgenossenschaftlichen Umsatzes beträgt im Januar 1932 gegenüber dem Januar 1931 = 29,4 Prozent. Der Umsatzverlust der Konsumgenossenschaften im Januar 1932 kann nicht allein mit dem Rückgang der Preise begründet werden. Die ausschlaggebende Ursache der Umsatzsenkung ist die immer stärker hervorgetretene Zertrümmerung des Einkommens der Gehalts- und Lohnempfänger, die 70 Prozent der deutschen Konsumgenossenschaftsmitglieder stellen.

SPD. Der Nordwollskandal, der unsägliches Unglück über unsere Wirtschaft und über unsere Arbeitsmärkte gebracht hat, muss jetzt zu einem politischen Manöver herhalten. Blätter, die den Gebrüdern Lahusen, die jahrelang grössere Summen für die Nationalsozialistische Partei gegeben haben, nachstehen, behaupten, der Konkurs bei der Nordwolle sei nicht nötig gewesen. Der Verlust habe, wie aus der Überprüfung durch eine Treuhandgesellschaft (Deutsche Treuhand A.G.) hervorgehe, nur rund 95 Millionen Mark betragen, nicht 200 Millionen Mark, wie die Buchprüfer festgestellt hätten. Die Nordwolle hätte nur Kapital und Reserven verloren; das Reich brauchte nur Betriebsmittel in Höhe von 40 bis 50 Millionen Mark zu schaffen, um die Nordwolle zu retten.

Man sieht, dass die Mitteilungen darauf abgestellt sind, die Regierung und natürlich der Marxismus hätten die Nordwolle zu Grunde gerichtet und nicht die Lahusens, die Dutzende von Millionen betrogen, gestohlen und verschleudert haben. Sachlich ist darauf zu entgegnen, dass der von der Deutschen Treuhand A.G. festgestellte Verlust von 45 Millionen Mark nur ein Teilverlust ist. Die Aufstellung der Deutschen Treuhand A.G. umfasst nur die Verluste bis Ende 1930; die späterhin entstandenen Verluste gehen weit über 200 Millionen Mark, was die Justizpressestelle in Bremen eindeutig festgestellt hat.

Mit der Ehrenrettung der Lahusens und mit der Legendenbildung um die Nordwolle ist es also nichts. Dass aber ein solcher Versuch überhaupt unternommen wird, besagt für die Begriffsverwirrung unserer Tage alles.

SPD. Das nordamerikanische Repräsentantenhaus hat Steuervorlagen im Be=trage von über 5 Milliarden Mark angenommen. Was am meisten dabei imponiert, ist nicht das gewaltige Ausmass der Steuererhöhung, sondern die Energie, mit der der Haushalt drüben in Ordnung gebracht wird. Sie mutet in einem Lande wie Deutschland, wo man unter dem Einfluss der Agitation für das Dritte Reich Hitlers, Steuerzahlen für einen überflüssigen Luxus ansieht, während man dem Staat die Zahlung von Subventionen für die grosse und schwere Industrie zumutet, gerade zu phantastisch an. Man tut auch klug, wenn man den Steuerfeldzug der nordamerikanischen Regierung in die politische Kalkulation Europas einsetzt. Zunächst ist die Erhöhung der Einkommenssteuer - noch vor kurzem in Amerika ein unmögliches Ereignis - zu erwähnen. Die Steuerfreigrenze wird von 10000 Dollar auf 6 000 Dollar pro Jahr ermässigt. Ebenso revolutionär für nordamerikanische Verhältnisse ist die 3=prozentige Steuer auf Automobile für Private, eine 2prozentige Steuer auf gewerbliche Fahrzeuge und eine 1=prozentige Steuer auf Autoersatzteile. In der psychologischen Wirkung stehen die Erhöhung des Briefportos von 2 auf 3 Cents, die etwa 50 Millionen Mark erbringen soll, weiter Steuern auf Telegramme, Telefongespräche und alkoholfreie Getränke nicht nach.

Vor allem hat man sich bemüht, einen gewissen Luxus zu erfassen, worunter auch die Autobesteuerung fällt. Besteuert werden u.a. Schönheitsmittel (kosmetische Mittel), Pelze und Schmucksachen. Im übrigen wird eine 10=prozentige Eintrittssteuer für Kinos, Theater und Varietés eingeführt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 31. März. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 118, II. 111, abfallende Sorten 101 RM. Tendenz: ruhig.

SPD. Nach Mitteilungen der Reichseisenbahngesellschaft hat sich der Güterverkehr im Februar gegenüber dem Januar 1932 nur geringfügig verändert. Insbesondere wurde eine saisonmässige Belebung durch die Kälteperiode in der zweiten Hälfte des Monats ungünstig beeinflusst. Der Personenverkehr blieb hinter dem des Vormonats und hinter dem Verkehr im Februar 1931 zurück. Die Einnahmen werden mit 219,66 Millionen Mark angegeben, denen Ausgaben in Höhe von 294,54 Millionen Mark gegenüber stehen. Der Gesamteinnahmefall beträgt im Februar 1932 gegenüber 1931 rund 65,7 Millionen Mark = 23 Prozent.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 31. März: Weisse Kartoffeln 1,70 bis 1,90, rote 1,90 bis 2,10, Odenwälder Blaue 2,20 bis 2,40, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,70 bis 2,90. Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 9 bis 9,25 Pfg.

Weizen rückläufig.

(Berliner Getreidebörse vom 31. März.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machte sich am Donnerstag besonders im Weizengeschäft eine etwas ruhigere Stimmung bemerkbar. Material in prompter Ware stand in genügender Menge zur Verfügung. Vielfach versuchten zwar die Eigner, höhere Preise durchzudrücken, was jedoch im allgemeinen nicht gelang. Die Notierung für prompten Weizen lautete unverändert. Roggen konnte seinen Preisstand um 1 Mark befestigen, da Inlandsware weiter sehr knapp blieb und nur Russenroggen genügend zur Verfügung stand. Am Markte der Zeitgeschäfte war die Geschäftstätigkeit sehr gering. Abgesehen vom laufenden Monat waren die späteren Sichten für beide Brotgetreidearten rückläufig, besonders gingen die Notierungen für Weizen zur Herbstlieferung zurück. Mehl hatte am Mittwoch Nachmittag etwas lebhafteres Geschäft, besonders wurde Weizenmehl etwas stärker umgesetzt. Am Donnerstag war das Geschäft wieder sehr ruhig. Roggenmehl wurde in grösseren Mengen zu billigeren Preisen angeboten. Hafer hatte ruhige Tendenz. Der Markt blieb lustlos. Bei ausreichendem Angebot und Zurückhaltung der Käufer gingen die Preise für prompte Ware etwas zurück.

	<u>30. März</u>	<u>31. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	255 - 257	255 - 257
Roggen	198 - 200	199 - 201
Braugerste	183 - 190	180 - 190
Futter- und Industriergerste	170 - 179	170 - 179
Hafer	160 - 167	159 - 166
Weizenmehl	31,50 - 34,75	31,50 - 34,75
Roggenmehl	26,50 - 27,90	26,50 - 27,90
Weizenkleie	10,80 - 11,10	10,80 - 11,10
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 269 - 270 (Vortag 268) Mai 270 und Brief (270 $\frac{1}{2}$), Juli 274 $\frac{1}{2}$ und Brief (274 $\frac{3}{4}$) September 231 und Brief (232) Roggen März 198 (197), Mai 199 $\frac{1}{2}$ und Brief (199 $\frac{1}{2}$), September 188 $\frac{1}{2}$ - 188 $\frac{1}{2}$ (189), Hafer März 171, Mai 174-173 $\frac{3}{4}$ (175 $\frac{1}{4}$), Juli - bis 178-177 $\frac{1}{2}$ (180).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 31. März. A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 gr 7, über 60 gr 6,50, über 53 gr 5,75, über 48 gr 5,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,75. B. Auslandseier: Dänen 18er 7, 17er 6,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 6, leichtere 5,50, Belgier 60-62 gr 6,25, 57-58 gr 5,75, Rumänien 5 - 5,50, Ungarn und Jugoslawen 5,25 - 5,50, kleine- Mittel- und Schmutzeier 4,50. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: milde, Tendenz: still.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 27.

Berlin, den 31. März 1932.

Die Bäuerin als Kunstgewerblerin.^x

SPD. "Die Kunst ist eine frivole Unterhaltung für die Reichen. Die Künstler sind faule, unnütze oder sogar schädliche Müssiggänger." - Diese Worte werden den Führern der belgischen Arbeiterbewegung, wie Vandervelde einmal in einem Rückblick erzählt, entgegengeschleudert, als sie mit immer grösserem Nachdruck zur Hebung der Volksbildung auch Vorträge über Kunst oder künstlerische Veranstaltungen anderer Art einführten. Erst in jahrelanger intensiver Werbetätigkeit und Aufklärungsarbeit gelang es, diese primitive Anschauung, die den Bildungsstande des belgischen Arbeiters vor annähernd einem halben Jahrhundert entsprach, umzuformen und an ihre Stelle lebendige Mitarbeit und sachkundiges Interesse treten zu lassen. Aber trotz aller Fortschritte, trotz einer bereits tiefverwurzelten Kulturbewegung und Kulturarbeit in allen grossen Staaten Europas ist die Anschauung, dass Kunst eine Art Vergnügen der Besitzenden sei, noch immer nicht ausgerottet. Immer wieder taucht sie auf, sei es in offener Ablehnung künstlerischer Veranstaltungen, von Galerien und Gemäldesammlungen oder in dem Minderwertigkeitsgefühl, dass dem Arbeiter doch die Vorbildung fehle, um Kunst zu begreifen. Dass es Kunst gibt, die unabhängig von Schulbildung und Besitz ausgeübt und verstanden werden kann, dass es eine angeborene künstlerische Veranlagung gibt, die man gerade bei den sogenannten "Ungebildeten", die noch nicht verbildet sind durch Zivilisation, finden kann, das weiss gerade der Arbeiter immer noch viel zu wenig.

Man braucht nicht in die Urzeit zurückzugreifen und auf die Höhlengemälde hinzuweisen, die Menschen jener Zeit, die noch nichts von Zivilisation wussten, die in Höhlen lebten und sich kümmerlich von den Ertragnissen des Bodens ernährten, an die Wände gezeichnet und gemalt haben: Bilder von Tieren und Pflanzen, mit starkem künstlerischem Schwung entworfen und ausgeführt. Auch mitten in unsrer Gegenwart treffen wir überall, gerade dort, wo noch nicht die Grossstadt allen Lebensäusserungen ihren Stempel aufgeprägt hat, den Ausdruck einer ursprünglichen künstlerischen Veranlagung. Unternehmen wir einmal einen kleinen Streifzug durch Bauernhäuser der Gegenwart: Da ist ein selbstgezimmertes, aus ungehobelten Balken gefügtes Blockhaus in Südschweden. Der Besitzer ist ein armer Waldarbeiter. Die Frau versieht den Haushalt, das Vieh und hilft mit in der Landwirtschaft. Niedrig und ärmlich sieht das kleine Wohnzimmer aus dessen Innenwände rohe Balken bilden. Aber sie sind wundervoll umkleidet, sinnreich und kunstvoll geschmückt. Breite weisse Leinwandstreifen bedecken sie. Auf diesen Streifen sind entzückende, bunte, lebendige Bildchen entworfen: Szenen aus dem Alltag, Bilder der Ernte, des Gartens, eines Festes. Die Künstlerin aber, die so mit einfachen Mitteln ihr Heim verschönt hat, ist die Bäuerin selbst. Sie, die arme, überlastete Arbeiterin, deren Tagewerk mit Sonnenaufgang beginnt, hat noch so viel Kraft, so viel Reichtum der Phantasie, um auch die Innenarchitektin ihres Hauses zu sein.

Ganz ähnliche Eindrücke treffen wir überall auf dem Lande, auch bei uns. Da steht etwa ein Insthaus in einem niedersächsischen Dorfe. Es enthält nur das Allernotwendigste in seinen dumpfen, viel zu kleinen Räumen. Auf dem Gesimse stehen einige hölzerne Teller, Schüsseln und ein altes Kuchenbrett aus Holz. Alles ist verbraucht, abgenutzt durch die Arbeit von zwei Generationen, aber immer noch sind die kunstvollen Verzierungen deutlich zu erkennen: Kerb-

schnitte, die eine einfache, aber wirkungsvolle Ornamentik bilden. Weiter im Süden Deutschlands wird das Bild immer heller und fröhlicher. Buntes Geschirr, bunte Verzierungen, selbstgestickte Kissen und Decken auf der einfachen Holzbank am Ofen, in roten, grünen, blauen, gelben Farben, leuchtend wie blumige Schwarzwaldwiesen, wie Tannenwald und Sonne - das alles ist das Werk der Frau, die tagsüber schwer in Haus und Hof, im Garten und auf dem Felde arbeitet.

Und wenn wir dann nach Osten wandern, nach Polen, nach Rumänien bis ans Schwarze Meer, dann treffen wir auch dort immer wieder auf solche Beweise künstlerischer Begabung. Da finden sich in einer weissgetünchten Bauernstube die schönsten bunten Silhouetten, die man sich denken kann. Bilder aus Buntpapier, tanzende Kinder, junge Mädchen, die einen Reigen aufführen, Tiere, Vögel, dazwischen einige ernstere, religiöse Bilder, die in den Kostümen des Dorfes wiedergegeben sind. Die Schere, mit der die Bäuerin die Silhouetten ausschneidet ist die gleiche, mit der die Schafe geschoren werden; die Hand, die sie führt, ist hart und ungelent, aber die unverbrauchte Fülle von Lebensfreude und Phantasie überwindet alle äusseren Hindernisse. Da ist zum Beispiel ein Pfau ausgeschnitten. Er schlägt ein Rad und funkelt in allen Farben. Diesen Augenblick hat die Frau festgehalten, und sie hat es verstanden, mit ihrem bisschen Buntpapier alle Schönheit der Farben und Formen, die ganze Bewegtheit des Bildes auszudrücken, sodass es ungemein lebendig und eindrucksvoll wirkt. Wer hat sie das gelehrt? Sie würde bestimmt lachen über eine solche Frage. Sie gestaltet einfach das, was sie sieht - das ist alles, das ist das Geheimnis dieser Kunst die von innen heraus strömt. In einem andren Bauernhause, das in der Nähe der türkischen Grenze steht, finden wir bunte Silhouetten in geometrischen Figuren Dreiecke, Kreise, Ellipsen, kunstvoll ineinander verschlungene Vierecke, einen Lebensbaum mit Früchten und Blättern und Vögeln von einem Ebenmass, einer Formschönheit, die erstaunlich sind. Die Künstlerin aber ist eine arme Frau, eine Kleinbäuerin, die kaum das Notwendigste besitzt.

So sind diese Frauen Künstlerinnen, nicht durch Erziehung, sondern von Natur. Jede von ihnen gestaltet neu, was die Ueberlieferung, was das tägliche Leben, die bunte Gegenwart um sie her ihr schenkt, und sie gibt es weiter, einfach aus der Freude heraus, etwas zu schaffen, das schön und bunt und lebendig ist. Die Proletarierin des Landes wird zur Innenarchitektin ihres Hauses, zur Künstlerin, in der ewig junge Quellen, ungebrochene Kräfte der Seele lebendig sind.

M.

Vorsicht bei Adoptionen!^x

SPD. Die Fürsorgeärztin schüttelte nur leise den Kopf. Was konnte sie schon dazu sagen? - Da kam die Frau Krause, die seit Jahren nicht mehr in der Säuglingsfürsorge gewesen war, nun plötzlich strahlend wieder an - auf dem Arm ein elendes, vor sich hin greinendes Kind, das sie voll Stolz der Ärztin präsentierte. "Ja, sehen Sie, Frau Doktor, seitdem meine Liselotte tot ist - das ist jetzt schon mehr als vier Jahre her -, hab' ich keine gute Stunde mehr gehabt. So gebarmt hab' ich nach dem Kind. Und da der Arzt mir gesagt hat, wir könnten kein eigenes mehr bekommen, hab' ich mir schliesslich vorgenommen, eins anzunehmen. Mein Mann hat ja zuerst immer gemeint: "Ach Gott ich weiss garnicht, was Du nur immer hast mit dem Kind; wir leben ja auch so ganz friedlich" - aber das wissen eben die Männer nicht, wie unsereins sich nach so einem kleinen Wurm sehnen kann; überhaupt, wo's bei uns zu Hause immer noch so einigermaßen gut geht, dass so ein kleines Wesen immer seinen guten Happen kriegen kann, ohne dass wir's uns gerade vom Munde absparen müssen."

"Na ja, Frau Krause, ich weiss ja, wie Sie an der Liselotte gehangen haben; aber" - die Ärztin sprach den angefangenen Satz lieber nicht weiter;

Warum sollte sie der Frau auch gleich das strahlende, grosse Glück verderben mit ihrem "Aber" und ihren Bedenken, wo es ja doch keinen Zweck mehr hatte, da das Kind schon adoptiert war. -

Aber schade war's doch, dass diese prachtvolle Frau, die sich so gut zur Erziehung eines Kindes eignete, einen solchen Missgriff getan hatte. Das Kind das sie sich ausgesucht hatte, würde sicher nicht gut gedeihen, auch wenn noch so viel Liebe und Sorgfalt es umhegen würde. Es war ja, wie die nähere Untersuchung zeigte, nicht ausgesprochen krank; aber es hatte von der Mutter Natur eine ganz schlechte Konstitution mitbekommen; wie es da so elend und ternahmslos auf dem Untersuchungstische lag, sah es garnicht danach aus, als ob es sich mal zu einem richtig gesunden, kräftigen Menschenkind auswachsen könnte. Wie mochte gerade Frau Krüger, die selbst ein so prächtiges, blühendes Kind gehabt hatte, zu diesem armseligen kleinen Dinge gekommen sein? Vorsichtig begann die Ärztin, zu fragen, und da erfuhr sie denn: das Kind war das Enkelkind einer entfernten Verwandten von Frau Krüger, die aber über den Familienzuwachs nicht erfreut gewesen war, denn ihre Tochter, die Mutter des Kindes, war eben erst sechzehn Jahre alt und selbst etwas zurückgeblieben; so wusste sie nicht einmal Angaben über den Vater zu machen.

Als Frau Krüger von diesem Jammer gehört hatte, da hatte sie gedacht: "das ist gerade was für mich, so ein Kind, mit dem sich alle herumstossen, und das so elend und schwächlich ist. Da hab' ich wenigstens was richtig zu pflegen und zu verwöhnen." Ohne langes Besinnen hatte sie das Kind ins Haus genommen, und nach den ersten vier Wochen war ihre grösste Sorge die Adoption. Möglichst rasch sollte es damit gehen, dass nur ja niemand das Kind wieder zurückfordern konnte. Ihr Mann freilich hatte es längst nicht so eilig. Er lachte nur, wenn seine Frau von ihrer Angst um das Kind sprach, und dachte sich: "die Leute sind ja heilsfroh, dass wir ihnen das kleine Häufchen Elend fortgeholt haben; die werden sich hüten, sich wieder damit zu belasten." Aber seiner Frau konnte er das nicht sagen, denn wenn er sah, wie selig und selbstvergessen seine Frau mit dem Kinde spielte, mit welcher Glückseligkeit sie selbst die schwächste Lebensäusserung beobachtete, dann ging es ihm doch gegen den Strich, sie aus dem Traume herauszureissen und ihr zu sagen, dass ausser ihr alle Menschen in dem Kinde ein elendes, kaum lebensfähiges Wesen sahen. Und als er dann merken musste, dass seine Frau ihre ganze Seele an das Kind gehängt hatte, da wollte er sich auch dem Adoptionsplane nicht widersetzen; vielleicht konnte so viel Liebe Wunder tun und an dem Kinde das nachholen, was die Natur versäumt hatte. Die Frau, die sonst immer so grosse Scheu vor den Behörden gehabt hatte, lief nun von einer Stelle zur andern, um die Adoption durchzusetzen; da sie beide noch nicht 50 Jahre alt waren, brauchten sie eine ausdrückliche Genehmigung; dann war noch ein Gutachten des Arztes notwendig, dass sie voraussichtlich keine eigenen Kinder mehr bekommen würden. Endlich waren alle Formalitäten abgeschlossen. Der Adoptionsvertrag, zu dem die Mutter des Kindes und ihr gesetzlicher Vertreter die Einwilligung geben mussten, konnte abgeschlossen und dem Gericht zur Bestätigung vorgelegt werden. Damit war die Adoption durchgeführt und das Kind nun zum Kinde der Adoptiveltern gemacht worden.

Frau Krüger war übergücklich. Nun war sie sicher, dass ihr niemand mehr das Kind streitig machen würde, das Kind, an dem ihr ganzes Herz hing, so sehr, dass ihr Mann sich ganz vernachlässigt vorkam. Aber er nahm's vorderhand nicht krumm und freute sich mit, wenn er sah, wie froh und zufrieden die Frau war, wenn sie nun wieder Kinderarbeit tun konnte. Allmählich jedoch wurde seine Geduld auf eine sehr harte Probe gestellt. Das Kind nämlich - vielleicht weil's so elend war - schief keine Nacht richtig durch, sondern weinte jämmerlich. Und da konnte er natürlich Nachts ebenfalls nicht schlafen, was gerade kein Vergnügen war nach dem harten Arbeitstage. Kam dann der Sonntag, auf den sich Krügers früher immer so sehr gefreut hatten, da gab's jetzt auch nur Unfrieden und schlechte Laune, denn das Kind war immer missvergnügt, weinte

bei der geringsten Gelegenheit und beanspruchte die Frau in so hohem Grade, dass sie überhaupt nicht mehr zu sich selbst kam. Wenn der Mann dann einmal auftrumpfte, da wurde die Frau ganz böse und sagte: "Siehst Du denn nicht, dass die Kleine nichts dafür kann, dass sie eben so kränklich ist?" - Ja, freilich sah er das; aber hatten sie wirklich nötig gehabt, sich so ein krankes, armseliges Wesen auszusuchen, von dem sie nur Arbeit und Mühe und niemals eine richtige Freude haben würden? Seine Frau klammerte sich zwar immer noch an die Hoffnung, dass es ihrer fanatischen Liebe gelingen könnte, doch noch allem zum Trotz aus dem Kinde etwas zu machen. Aber allmählich musste sie selbst einsehen, dass alles vergeblich war; das Kind war eben geistig und körperlich zurückgeblieben und würde nie ein vollwertiger Mensch werden. -

Was konnte sie nun machen? - Nichts! Denn wenn die Adoption erst einmal vollzogen ist, dann ist sie nicht mehr einseitig rückgängig zu machen, auch wenn sich herausstellt, dass das adoptierte Kind überhaupt nicht einschlägt. Daher Vorsicht und Ueberlegung bei Adoptionen! Am besten ist die Adoption durch Vermittlung städtischer Behörden, da diese nur Kinder vorschlagen, die geistig und körperlich gesund sind. Da im frühesten Alter die Eigenschaften des Kindes nur schwer beurteilt werden können, empfiehlt es sich, die Adoption nicht vor dem dritten Lebensjahr auszuführen. Auf alle Fälle ist es gut, das Kind erst vorher für eine gewisse Zeit ins Haus zu nehmen, um zu sehen, wie es sich entwickelt.

Tardy.

Tonfilmprobe bei Nacht.^x

SPD. Lässig entzündete Jma Nadja, die Diva, eine neue Zigarette. "Nein, Direktor, welche Angebote Sie mir auch immer machen - ich werde heute, an einem vertraglich freien Tage, nicht spielen. Alles Andere interessiert mich nicht!"

Der Direktor schraubte nervös an seinem Füllfederhalter. "Ich bitte Sie, Jma Nadja: Sie haben die Möglichkeit, mit dem berühmtesten Partner zusammen zu spielen und noch grössere Erfolge als bisher zu erzielen. Wir jagen unsern eigenen Piloten hinter Alberto Marengo her, und es gelingt uns unter wahnsinnigen Opfern, seine Zusage für eine unsrer wichtigen Nachtaufnahmen zu erlangen - und wir bieten Ihnen zuletzt sogar eine Sonderzulage von dreitausend Mark.....!"

"Bin ich eine Statistin, dass Sie mir mit dieser lächerlichen Summe kommen?"

"Gut, sagen wir fünftausend Mark!"

"Ich finde Ihre Naivität bewunderungswürdig!"

"Sie ruinieren mich systematisch, Jma Nadja, aber ich will bis an die Grenze des Möglichen gehen - zehntausend Mark und keinen Heller mehr!"

"Gut - ich akzeptiere. Sie geben mir Nachricht, wann die Aufnahmen beginnen. Sie dürfen Marengo zu mir zur Probe hinausbeordern. Darf ich um den Scheck bitten?" - Vor der Türe des Empfangszimmers seufzt die Diva leise: "Also den Modosalon kann ich einstweilen bezahlen."

+ + +
Einige Lokalkenntnisse erscheinen zur sachlichen Weiterentwicklung dieser erhäbren Geschichte notwendig. Der Leser, der die prunkvoll ausgestatteten Räume im Heim der Diva natürlich aus Modejournalen kennt, kann sich durchaus an die dort immer wieder gegebenen Schilderungen halten. Im Mittelpunkt des geistigen Blickfeldes liegt der Salon der Diva, von dem aus man links in den Vorraum, rechts in das natürlich ganz entzückend eingerichtete Boudoir sehen könnte, wenn nicht einerseits eine Tür, andererseits ein echter Gobelin diese Aussichten zerstören würde. Die Diva sitzt in einem kostbaren Teagown und

ausserdem im brokatüberzogenen Sessel, hätschelt einen seltenen brasilianischen Affen, den sie auch dann hat, wenn solche Sorten gar nicht existieren sollten, und wird von einer Zofe mit Tee bedient. Die Geste einer Königin: "Sie können heute ausgehen - ich bedarf Ihrer nicht mehr!" Die Zofe geht. Die Diva bleibt, trinkt Tee, hätschelt den Affen und ist ununterbrochen schön. Die Zeit vergeht notgedrungen. Die Diva schaltet die Deckenbeleuchtung aus, die Standlampe ein und placiert sich schräg vor der Tür des Boudoirs auf einem Divan.

Jma Nadja, die schönste Frau der Welt, greift nach einem in Leder gebundenen Buche und liest vertieft. Fast lautlos öffnet sich die Tür. Ein schmaler Mannerkopf - intelligente Züge, flinke Augen - lugt ins Zimmer.

"Ah," meint nach ihrem ersten Erstaunen die Diva, "schon so früh? Treten Sie, bitte, näher!"

Man merkt es dem Manne an, dass ihm die Situation nicht ganz verständlich ist. Er schiebt mit rascher Bewegung ein Riesenbund klirrender Schlüssel in die fleckige Hose und legt eine Reisetasche vorsichtig neben die Tür des Vorraums.

"Es freut mich, Herr Kollege, Ihre Bekanntschaft zu machen. Setzen Sie sich, bitte! Wie ich sehe, haben Sie sich bereits arbeitsfertig gemacht?"

"Jawoll, rasten heisst rosten, sagte mir mal 'n ganz Ausgekochter!"

"Ganz mein Standpunkt! Aber ein paar Minuten möchte ich doch mit Ihnen plaudern. Ich habe schon so viele Bilder von Ihnen gesehen...."

"Das ist mir gar nicht lieb, dass man mich von allen Litfassäulen wiedererkennt!"

"Warum so bescheiden? Aber ich wollte, ich wäre so berühmt wie Sie!"

"Das sagen Sie nur so. Aber meinetwegen können wir ja mal 'n Ding zusammen drehen!"

"Also, Sie haben doch keine Ruhe. Gut, wir können beginnen. Ich gebe Ihnen nur kurz die Szene an, damit wir nicht aneinander vorbeiarbeiten. Also Sie sind ein Einbrecher - bitte, unterbrechen Sie mich nicht! Sie sind - aber so lassen Sie mich doch ausreden! - Sie sind ein Einbrecher, kommen ins Zimmer, überfallen mich, den Revolver in der Hand - haben Sie so etwas bei sich? (Der Mann zieht einen riesigen Browning für achtunddreissig Schuss aus der Tasche.) Gut, ich sinke ohnmächtig zusammen - Sie fesseln mich - nehmen aus dem Schlafzimmer meine Juwelen. Im Atelier haben wir natürlich andere, aber hier können Sie erst mal meine nehmen. Nachdem Sie die Sachen gut versteckt haben, schleppen Sie mich ins Boudoir, und dann erst gehen Sie fort. Wir beginnen."

Alles vollzieht sich programmässig, bis zu jenem dramatischen Höhepunkt, der laut Regieheft den Mann verpflichtet, die Diva ins Boudoir zu tragen. In diesem Augenblicke beginnt gleichzeitig neben dem dramatischen der menschliche Konflikt: Jma Nadja schlingt ihre weichen Arme um den Nacken des Mannes.

+ + +

Stille. Verlassen brennt die seidenbeschrilmte Standlampe. Das kostbare brasilianische Äffchen mauzt träumerisch durchs Zimmer - - dann schrillt das Telephon. Fünf-, sechs-, acht-, zwölfmal. - Im Négligé stürzt die Diva an den Apparat: "Herrgott, können Sie mir denn gar keine Ruhe lassen, Direktor? - Sie sind absolut zurechnungsfähig; ich kann das Telegramm sehen? - Fräulein, warum trennen Sie uns? - Polizeipräsidium? - Was wollen Sie denn von mir? Ich kriege gleich Krämpfe! - Ein gefährlicher Einbrecher? - Die Streife ist auf dem Wege? - In drei Minuten..." Sie wird wirklich ohnmächtig. Schon hört man das Tuten eines Autos, bald darauf feste Tritte. Aus dem Nebenzimmer huscht der Mann mit den Juwelen in der Hand, zerschlägt die Scheibe, ein Schuss knallt herein, die Flurtür öffnet sich. Drei Beamte rasen an das Fenster. Der Einbrecher ist in den Vorgarten gesprungen, schlägt den neben dem Auto stehenden Beamten zu Boden, springt auf den Führersitz und schießt vier, fünf Schüsse gegen das offene Fenster - schon saust der Wagen um die Ecke, und als die Beamten die Strasse wieder erreicht haben, ist keine Spur mehr zu finden.

+ + +

Zigeuner-Willy sitzt in der Kneipe mit dem Wirte hinter verhängten Fenstern, eben in ein paar gepumpte Kleider gestiegen, und packt aus. "In zwei Stunden muss ich mal wieder von der Bildfläche verschwunden sein. Ich gebe dir 'n paar Ohrringe und eine Halskette, und darauf streckste mir wat vor!" Beide beugen sich über ein Schmuckstück nach dem anderen. Immer länger werden ihre Gesichter:

"Verflucht, der ganze Zinnober ist Tinneff!"

Die Zeitungen brachten Sensationsmeldungen, aber sie übersahen den verblüffenden Umstand, dass die Gesamtgläubiger der Diva Jma Nadja drei Tage nach diesem Vorfall nicht einen Pfennig mehr zu fordern hatten. Da jeder dieser Herren bei den kursierenden Gerüchten über die finanzielle Notlage der berühmten Frau für sein Eigentum gezittert hatte, glaubte sich jeder einzelne bevorzugt und schwieg über den geschehenen Ausgleich. Die Diva unternahm eine gross Reise nach Florida - die Versicherungsgesellschaft "Neptun" hatte lange an der durch die Beraubung der Diva entstandenen Kassenflaute zu krabbeln. Und der Vorzug dieser Geschichte beruht darin, dass sie sich genau so unmöglich wirklich ereignet haben kann, wie unzählige anderer ihrer Art.....

Walter Anatole Persich.

Krankheiten der Uebergangszeit.X

SPD. Uebergangszeit? - Der Begriff ist wohl besonders den Frauen verständlich! Sie wissen ja noch, was ein neuer Hut für die Uebergangszeit bedeutete, wenn er auch heute nicht ganz so "unbedingt erforderlich" ist wie in früheren Jahren, wo man den Filzhut nicht das Jahr hindurch tragen konnte! Früher war ein solcher Hut aus Seide, im Gegensatz zum Filzmaterial für den Winter und Stroh für den Sommer. Damit erschöpfte sich leider die weitere Garderobe für diese Zeit, nämlich den Monat März, wenn er ausnahmsweise frühlinghaft ist, den April und Mai und eventuell noch den Anfang des Juni, wenn er kalt ist. -Da man aber im März den Wintermantel schon sehr abgetragen findet, so begeht man den Fehler, ihn durch den entweder neuen oder "ausgeruhten" und darum wieder besonders nett aussehenden Sommermantel zu ersetzen. Mittags in der Sonne ist es auch ganz angenehm warm; leider aber schützt das Gefühl, gut angezogen zu sein, nicht davor, dass man allmählich anfängt, richtig zu frieren. Die Folge davon sind Erkrankungen, die vielleicht harmlos mit einem Schnupfen beginnen, aber auch zu einer Grippe, Bronchialkatarrh, Halsentzündung, Rheumatismus, Blasenkatarrh und Nierenentzündung sich auswachsen können. Eine ganz sonderbare Feststellung kann man machen: die Menschen, die am empfindlichsten sind (die eine ausgesprochene Neigung zu Erkältungen haben), laufen zu allererst in zu dünner Kleidung herum, oder wenn sie schnell mal zur Post oder einen kleinen Weg zu gehen haben, dann laufen sie ganz ohne Mantel auf die strasse. Im geheizten Zimmer war es ihnen zu warm, draussen leuchtete ein Sonnenstrahl, und der verlockte sie zu dieser grossen Unvernunft. Denn sofort, nachdem sie zurückgekommen sind, niesen sie, und eine wochenlange Husten- und Schnupfenperiode setzt nicht nur für sie, sondern für die ganzen Familienmitglieder ein. Das Schädliche ist eben die Infektionsmöglichkeit auch für die Angehörigen, die eine andere Disposition haben, die selbst garnicht zu Erkältungen neigen! Die dauernd von Bazillen, die ausgeniest und ausgehustet werden, wimmelnde Luft der Wohnung macht auch sie empfindlich und schafft schliesslich auch für sie eine krankhafte Disposition. Allmählich wird der Körper allgemein beeinträchtigt, weil seine Abwehrkraft gemindert wird von den unaufhörlichen Erkältungsattacken.

Gerade für die Uebergangszeit soll man sich zur Regel machen, sich eher

Wärmer als zu leicht anzuziehen. Kinder sollen nicht gleich Kniestrümpfe für die Schule anziehen. Meist sind die Klassen etwas weniger geheizt; durch das ruhige Sitzen in der Stunde kühlen dann die Beine und dadurch der ganze Unterkörper aus. Nach einem Spaziergang im Walde, der einenselbstverständlich durchwärmt, ist davor zu warnen, sich nun zum Kaffeetrinken vor das Restaurant in die Sonne zu setzen, womöglich noch eine Mantel, wenn man erhitzt ist. Der schönste Hexenschuss ist meist die Folge! Man kuriert ihn je schneller je wirkungsvoller durch ein Salicylpräparat, Gelonida antineuralgica, Citrosal, und wie sie alle heissen, indem man 2 bis 3 mal je eine Tablette mit einem Schluck Wasser Morgens, Mittags und Abends nimmt. Hastiges Trinken kalter Getränke führt zu Magenverstimmungen, und sobald das erste Obst reif wird, setzen auch wieder die Durchfälle ein, die vermieden werden könnten, wenn man nicht Obst zu Milch essen oder kein Wasser trinken würde, nachdem man einen noch ziemlich sauren Apfel gegessen hat. Wer anfangen will, sich nach den ihm gesetzten Grenzen (nicht gewaltsam) etwas abzuhärten, der kann damit jetzt beginnen. Am zweckmässigsten ist das Bürsten des Körpers mit kaltem Wasser an jedem Morgen. Das Bürsten erzeugt eine angenehme Wärme, bringt das Blut in Wallung und steigert dadurch den gesamten Stoffwechsel.

Bei den einmal erworbenen Erkältungskrankheiten empfiehlt es sich, um sie schnellstens zu beseitigen, wenn es die Verhältnisse erlauben, einen Tag im Bette zu bleiben, mit heissem Citronenwasser, einem Grog, heisser Milch mit Selterwasser und einer Tablette Aspirin, Lindenblütentee oder auch vermittels eines heissen Bades zu schwitzen versuchen! Das begünstigt die Heilung, doch muss man berücksichtigen, dass ein Herzkranker Aspirin selten gut verträgt. Und in erster Linie muss bei diesen Krankheiten das Herz geschont werden. Deshalb geben wir bei einer Behandlung von Grippe schon Herzstärkungsmittel, ehe überhaupt eine Beeinträchtigung der Herzarbeit festgestellt wird. Es ist nicht nötig, dass man bei jeder Erkältung zum Arzte geht, es ist aber erforderlich, dass man nicht wahllos Mittel schluckt, von denen man nicht genau weiss, dass sie keine Organschädigungen hervorrufen können (speziell bei Herz und Nieren).

Krankheiten verhüten ist immer ratsamer als alle Heilmethoden. Dabei ist festzustellen, dass nicht etwa besondere Jahreszeiten die häufigste Veranlassung sind für die erwähnten Krankheiten, sondern die menschliche Unvernunft! Eine zweckmässige Kleidung ist unbedingt erforderlich. Sie darf nicht zu schwer und nicht zu leicht sein. Denn Ueberhitzung ist mindestens ebenso schädlich wie Erkältung. Man bevorzuge poröse Unterwäsche, baumwollene Trikots usw. und leichte wollene Stoffe zur Oberkleidung. Sie ermöglichen eine gute Verdunstung günstigere Bedingungen für die Hautatmung, und auf diese Weise wird übermässig schnelle Abkühlung, aber auch Erhitzung vermieden. Auch die Schuhe müssen zweckmässig sein; vor allem dürfen sie keine Nässe durchlassen. Kalte Füsse schädigen immer den Organismus. Sie behindern auch das Einschlafen. Wer an kalten Füssen leidet, der sollte nach Möglichkeit, sobald er nach Hause zurückkehrt, Strümpfe und Schuhe wechseln und die Füsse vorher mit kaltem Wasser frottieren. Das Gleiche gilt in erhöhtem Masse, wenn man etwa mit nassen Schuhen und Strümpfen nach Hause kommt. Werden diese so selbstverständlichen Kleinigkeiten immer berücksichtigt, dann kann viel schwere Krankheit und manch früher Tod verhütet werden, denn gerade Erkältungen sind ihre Wegbereiter!

Susi Bork.

SPD. Ein musikalisches Charakterbild.^x Ein moderner amerikanischer Komponist hatte eine einträgliche Idee. Er komponierte eine Symphonie "Bildnis Mr. Rockefeller". Die Folge davon war, dass alle möglichen reichen Leute zu ihm kamen, um sich von ihm musikalisch porträtieren zu lassen. Am meisten aber verdiente er durch Mistress K., bekannt durch Geschwätzigkeit. Auch diese wollte sich in Musik setzen lassen. Der Komponist tat das auch. Das grosse Honorar von hunderttausend Dollar bekam er indessen nicht für das Werk selbst, sondern nur dafür, dass er es nicht veröffentlichte. Es nannte sich nämlich "Bildnis der Mistress K. Eine Symphonie ausschliesslich für Kesselpauken".